

BEGRÜNDUNG

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-------|-------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1 | Allgemein..... | 4 |
| 1.1 | Lage im Raum und räumlicher Geltungsbereich | 4 |
| 1.2 | Erfordernis und Zielsetzung der Planung | 5 |
| 2 | Planungsrechtliche Situation | 6 |
| 2.1 | Verfahren..... | 6 |
| 2.2 | Rechtliche Rahmenbedingungen..... | 6 |
| 2.2.1 | Anpassung an die Ziele der Raumordnung | 6 |
| 2.2.2 | Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan | 7 |
| 2.2.3 | Rechtskräftige Bebauungspläne | 8 |
| 3 | Rahmenbedingungen | 9 |
| 3.1 | Beschreibung des Plangebiets und der Umgebung..... | 9 |
| 3.2 | Topographie | 10 |
| 3.3 | Untergrund/Grundwasser | 11 |
| 3.4 | Altlasten..... | 11 |
| 3.5 | Archäologische Fundstellen und Kleindenkmäler | 11 |
| 3.6 | Starkregen | 11 |
| 4 | Städtebauliches Konzept | 13 |
| 4.1 | Grünstruktur..... | 14 |
| 4.2 | Verkehrliche Erschließung..... | 15 |
| 4.3 | Ver- und Entsorgung..... | 16 |
| 4.4 | Lärmimmissionen und Emissionen | 19 |
| 5 | Planungsrechtliche Festsetzungen | 22 |
| 5.1 | Art der baulichen Nutzung | 22 |
| 5.2 | Maß der baulichen Nutzung | 22 |
| 5.3 | Begrenzung der Zahl der Wohneinheiten | 24 |
| 5.4 | Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche | 24 |
| 5.5 | Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen | 24 |
| 5.6 | Anlagen für die Erzeugung, Nutzung oder Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien..... | 25 |
| 5.7 | Geh-, Fahr- und Leitungsrechte..... | 25 |
| 5.8 | Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft | 25 |
| 5.9 | Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen | 26 |
| 5.10 | Bauordnungsrechtliche Festsetzungen | 27 |
| 6 | Umweltbelange | 29 |
| 6.1 | Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt | 29 |

| | |
|-------------------------------------------|----|
| 6.2 Boden/Altlasten/Fläche..... | 30 |
| 6.3 Klima und Lufthygiene..... | 31 |
| 6.4 Wasser/Grundwasser/Versickerung | 35 |
| 6.5 Orts- und Landschaftsbild..... | 36 |
| 6.6 Kultur- und sonstige Sachgüter | 36 |
| 6.7 Mensch und Gesundheit | 37 |

Abbildungsverzeichnis

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Abbildung 1: Lage des Plangebietes im Ortsgefüge (ohne Maßstab) | 4 |
| Abbildung 2: Ausschnitt der Ortsgemeinde aus dem Regionalplan Rhein-Neckar 2014..... | 7 |
| Abbildung 3: Auszug aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Ortsgemeinde Haßloch 2006 | 7 |
| Abbildung 4: Derzeit rechtskräftiger Bebauungsplan "Weisengasse" (1982) | 8 |
| Abbildung 5: Nutzungen Plangebiet und direktes Umfeld | 9 |
| Abbildung 6: Nutzungen im Plangebiet und im direkten Umfeld (ohne Maßstab) | 10 |
| Abbildung 7: Hangneigung in % | 10 |
| Abbildung 8: Starkregenkarte im Umfeld des Plangebietes (rote Markierung) | 12 |
| Abbildung 9: Sturzflutenkarte: Fließgeschwindigkeit und Wassertiefe bei außergewöhnlicher Starkregen | 12 |
| Abbildung 10: Entwurf des Bebauungsplans „Weisengasse- 3. Teiländerung und Erweiterung“ | 14 |
| Abbildung 11: Schematische Darstellung Grünstruktur (Stand 01/2023) | 15 |
| Abbildung 12: Schematische Darstellung Verkehrliche Erschließung (Stand 01/2023) | 16 |
| Abbildung 13: Verschattung im Bestand am 17.01..... | 21 |
| Abbildung 14: Verschattung bei Planrealisierung am 17.01..... | 21 |
| Abbildung 15: Verschattung im Bestand am 20.03..... | 21 |
| Abbildung 16: Verschattung bei Planrealisierung am 20.03..... | 21 |
| Abbildung 17: Verschattung im Bestand am 23.09..... | 21 |
| Abbildung 18: Verschattung bei Planrealisierung am 23.09..... | 21 |
| Abbildung 19: Bilder des Plangebiets..... | 30 |
| Abbildung 20: Visualisierung der Analyse und Bewertung der gesamtsiedlungsklimatischen Situation am Beispiel der lokalen Überwärmung auf Grundlage der „Matrix-Methode“ und Darstellung der lokalklimatischen Potentialflächen (grüne Raster), Übergangsbereiche (gelbe Raster) und Risikoflächen (rote Raster). | 33 |

1 Allgemein

1.1 Lage im Raum und räumlicher Geltungsbereich

Die verbandsfreie Gemeinde Haßloch ist dem Landkreis Bad Dürkheim zugehörig und grenzt an den Ballungsraum Mannheim/ Ludwigshafen.

Das Plangebiet des vorliegenden Bebauungsplanes „Weisengasse – 3. Teiländerung und Erweiterung“ umfasst eine Brachfläche von rund 0,24 ha in Form einer ungenutzten Grünfläche innerhalb der Ortsgemeinde Haßloch. Die Fläche liegt in zentraler Lage am östlichen Rand des Siedlungsbereichs.

Das Plangebiet ist wie folgt begrenzt:

- Im Norden durch Wohnnutzungen,
- Im Westen durch Wohnnutzungen und der anschließenden Krämergasse,
- Im Süden durch Wohnnutzung und der anschließenden Weisengasse,
- Im Osten durch Wohnnutzungen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Weisengasse, 3. Teiländerung und Erweiterung“ umfasst vollständig die Flächen der Flurstücksnummern 322, 317/2 und 321 der Flur 0.

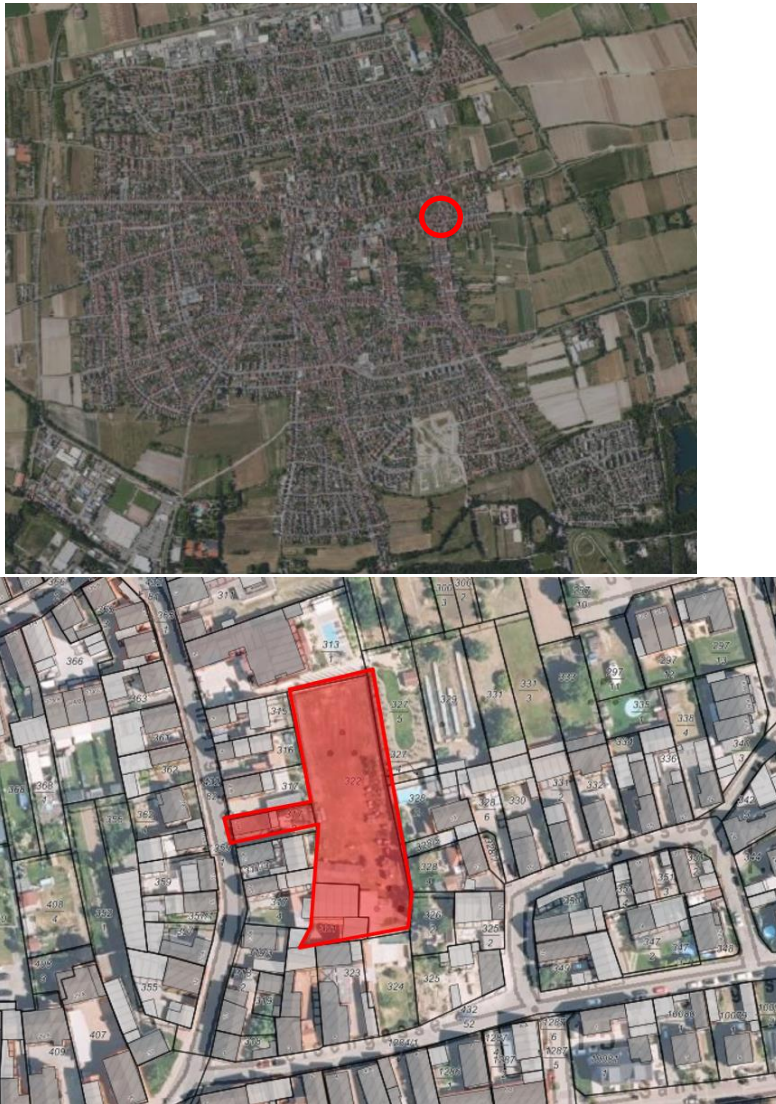


Abbildung 1: Lage des Plangebietes im Ortsgefüge (ohne Maßstab)¹

¹ LANIS, http://map1.naturschutz.rlp.de/kartendienste_naturschutz/index.php, Stand 14.10.2022.

Die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans ergeben sich aus der zugehörigen Planzeichnung im Maßstab 1:500.

1.2 Erfordernis und Zielsetzung der Planung

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans „Weisengasse – 3. Teiländerung und Erweiterung“ sollen in der Ortsgemeinde Haßloch die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Überplanung einer innerörtlichen Potenzialfläche geschaffen werden.

Die Bebauung im näheren Umfeld der Planung sowie das Plangebiet an sich ist durch Riegelbebauungen mit dahinterliegenden Grünbereichen charakterisiert. Der Geltungsbereich selbst befindet sich in zweiter Reihe. Durch das Vorhaben wird ein zurzeit überwiegend als Grünfläche genutzter Bereich der Wohnnutzung zugeführt. Die Maßnahme dient der maßvollen Nachverdichtung von Flächen im Innenbereich und ist somit als Maßnahme der Innenentwicklung zu bewerten. Hierdurch wird explizit ein schonender und sparsamer Umgang mit Grund und Boden gewährleistet. Der in §1a Abs. 2 BauGB verankerten Bodenschutzklausel wird somit durch die Planung ausdrücklich Rechnung getragen. Die Innenentwicklungsnovellen der letzten Jahre haben das „normative Gewicht“ dieser Ziele weiter gestärkt. Angesichts des zunehmenden Drucks auf den Wohnungsmarkt hat die Schaffung von Wohnraum in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Das statistische Landesamt Rheinland- Pfalz prognostiziert für das Jahr 2040 für die Ortsgemeinde einen leichten Bevölkerungszuwachs voraus. Dementsprechend soll der vorliegende Bebauungsplan die planungsrechtliche Grundlage für die Errichtung von Wohngebäuden schaffen und damit den Wohnbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen (vgl. § 1 Abs. 5 S. 1, Abs. 6 Nr. 2 BauGB). Dabei soll die Verdichtung des Siedlungsraums Vorrang vor einer Inanspruchnahme von bisher unbesiedelten Außenbereichsflächen erhalten (vgl. § 1 Abs. 5 S. 3 BauGB).

Durch den vorliegenden Bebauungsplan soll demnach der bestehenden Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum innerhalb der Ortsgemeinde Rechnung getragen werden. Zudem soll durch die Planung eine geordnete Innenentwicklung innerhalb der Gemarkung vorangetrieben werden.

2 Planungsrechtliche Situation

2.1 Verfahren

Gemäß den Bestimmungen des § 13a BauGB kann ein Bebauungsplan für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, die Nachverdichtung oder andere Maßnahmen der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden (Bebauungsplan der Innenentwicklung). Der Bebauungsplan darf im beschleunigten Verfahren ohne eine Vorprüfung des Einzelfalls im Sinne des UVPG nur aufgestellt werden, wenn in ihm eine zulässige Grundfläche im Sinne des § 19 Abs. 2 BauNVO von insgesamt weniger als 20.000 m² festgesetzt wird. Die Anwendungsvoraussetzungen für die Aufstellung eines Bebauungsplanes der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB liegen im vorliegenden Planungsfall vor:

Die Überplanung der derzeit als private Freifläche in zweiter Reihe genutzte Fläche ist als klassische Maßnahme zur „Nachverdichtung“ im Sinne des § 13a Abs. 1 BauGB einzustufen. Die größenabhängigen Anforderungen des § 13a BauGB werden ebenso erfüllt, da die im Bebauungsplan zulässige Grundfläche mit einer Größe von ca. 944 m² (GRZ 0,4 bei einer Grundfläche von ca. 2.360 m²) deutlich unterhalb der Anwendungsobergrenze von 20.000 m² Grundfläche liegt.

Gemäß § 13a Abs. 1 S. 4-5 BauGB kann ein beschleunigtes Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes nur angewendet werden, wenn keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der Schutzgüter im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 7 b) BauGB oder dafür bestehen, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu beachten sind. Darüber hinaus ist die Durchführung des beschleunigten Verfahrens ausgeschlossen, wenn durch den Bebauungsplan die Zulässigkeit von Vorhaben begründet wird, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen. Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von FFH-Gebieten oder europäischen Vogelschutzgebieten liegen nicht vor. Im Umfeld des Plangebiets finden sich weiterhin keine Anlagen, die schwere Unfälle im Sinne des Artikels 3 Nummer 13 der Richtlinie 2012/18/EU verursachen können. Da es sich bei dem Vorhaben lediglich um die Wiedernutzbarmachung von Fläche durch Wohnbebauung handelt, wird mit dem Bebauungsplan auch nicht die Zulässigkeit von Vorhaben begründet, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen. Von der Durchführung einer Umweltprüfung im Sinne des § 2 Abs. 4 BauGB und der Erstellung eines Umweltberichtes nach § 2a BauGB wird daher abgesehen.

Nach § 13a Abs. 2 BauGB gelten im beschleunigten Verfahren die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 BauGB. Im vereinfachten Verfahren wird u.a. gem. § 13 Abs. 3 BauGB von der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 sowie von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB abgesehen.

2.2 Rechtliche Rahmenbedingungen

2.2.1 Anpassung an die Ziele der Raumordnung

Nach § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) sind die Bauleitpläne, d. h. sowohl der Flächennutzungsplan als auch der Bebauungsplan, an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Ziele der Raumordnung sind gemäß § 3 Nr. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) verbindliche Vorgaben in Form von textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Die im regionalen Raumordnungsplan (RROP) getroffenen Aussagen dienen als Anregungen bzw. Orientierung für Maßnahmen der zukünftigen Ortsentwicklung und sind sowohl in der Bauleitplanung als auch bei Fachplanungen zu beachten.

Das Plangebiet liegt im Bereich des Regionalplans Rhein-Neckar 2014 (lila Markierung) und wird im regionalen Raumordnungsplan als „Siedlungsfläche Wohnen“ dargestellt. Weitere Festlegungen werden für die Fläche nicht getroffen. Die Ortsgemeinde wird darüber hinaus als Mittelzentrum definiert.

Durch die hier vorliegende Planung wird zudem explizit dem im Regionalplan formulierten Ziel, dass der Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung einzuräumen ist (Z1.4.1.4), entsprochen.

Ziele der Raumordnung, die einer Entwicklung an dieser Stelle entgegenstehen könnten, sind demnach nicht ersichtlich.



Abbildung 2: Ausschnitt der Ortsgemeinde aus dem Regionalplan Rhein-Neckar 2014

2.2.2 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan

Nach § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB ist der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Der Flächennutzungsplan der Ortsgemeinde weist für den Geltungsbereich eine gemischte Baufläche aus.

Die nähere Umgebung des Plangebiets stellt sich im Bestand nahezu vollständig als Wohnnutzung dar. Teilweise besteht bereits eine planungsrechtliche Überplanung als Allgemeines Wohngebiet.

Gemäß § 13a Abs. 2 Satz 2 BauGB kann der Bebauungsplan der Innenentwicklung von den Darstellungen des Flächennutzungsplans abweichen. Der Flächennutzungsplan muss im Zuge der nächsten Änderung bzw. Neuaufstellung entsprechend angepasst werden.



Abbildung 3: Auszug aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Ortsgemeinde Haßloch 2006

2.2.3 Rechtskräftige Bebauungspläne

Das Plangebiet wird bereits größtenteils durch einen rechtskräftigen Bebauungsplan überplant, welcher im Jahr 1982 in Kraft getreten ist.

Der rechtskräftige Bebauungsplan „Weisengasse“ befindet sich am östlichen Ortsrand der Gemeinde Haßloch. Der Geltungsbereich umfasst die Weisengasse, Langgasse, den Sankt-Gallus-Weg sowie die heutigen Anliegerstraßen „In der Nachtweide“, „Im Opra“ und „In der Höll“. Der Bebauungsplan sieht als Art der Bebauung allgemeine sowie besondere Wohngebiete vor. In den allgemeinen Wohngebieten beträgt die Grundflächenzahl (GRZ) 0,4 und die Geschossflächenzahl (GFZ) 0,8. Im besonderen Wohngebiet ist eine GRZ von 0,5 und GFZ von 1,0 verbindlich. Zudem sind in den einzelnen Nutzungsschablonen unterschiedliche Bauweisen festgesetzt. Je nach Gebietsart ist somit die offene Bauweise, geschlossene Bauweise, Haus-Hof-Bauweise oder Kettenbauweise vorgesehen.

Im gesamten Geltungsbereich dürfen die baulichen Anlagen mit maximal zwei Vollgeschosse errichtet werden und die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen begrenzt. Als grünordnerische Maßnahmen sieht der Bebauungsplan private Grünflächen sowie im Bereich des öffentlichen Kinderspielplatzes eine öffentliche Grünfläche vor. Innerhalb des Geltungsbereichs der hier vorliegenden Planung ist derzeit keine überbaubare Fläche ausgewiesen. Der Bebauungsplan setzt den Bereich als private Grünfläche fest.

Aus den Überplanungen folgt, dass die Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplans das entgegenstehende frühere Recht auf Grundlage der bislang rechtskräftigen Bebauungspläne verdrängen (entsprechend dem Grundsatz: die spätere Norm verdrängt die frühere: „lex posterior derogat legi priori“).

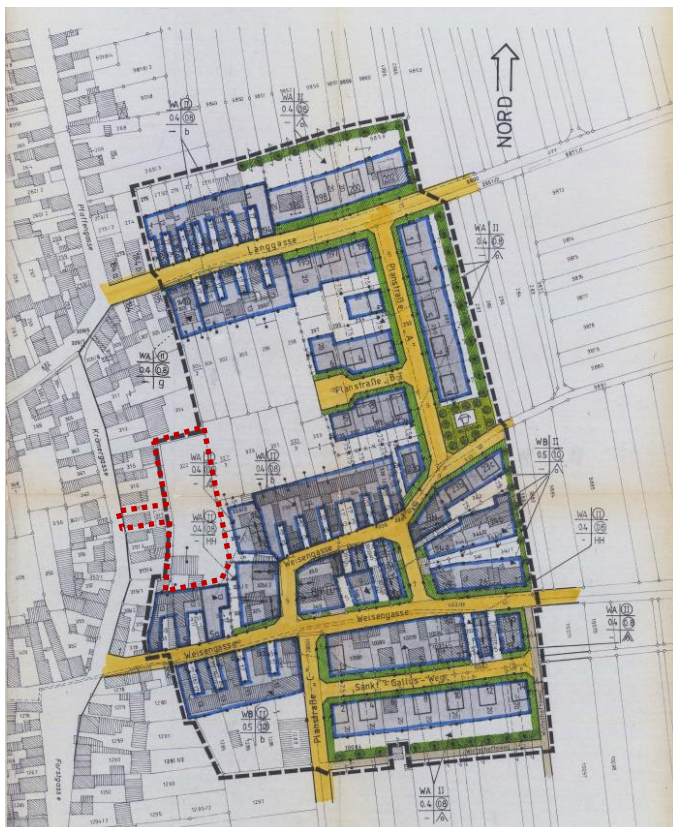


Abbildung 4: Derzeit rechtskräftiger Bebauungsplan "Weisengasse" (1982)

3 Rahmenbedingungen

3.1 Beschreibung des Plangebiets und der Umgebung

Das Plangebiet stellt sich derzeit überwiegend als Grünfläche in zweiter Reihe dar. Die Fläche wird derzeit durch einen im Süden angrenzenden ehemaligen landwirtschaftlichen Betrieb für eine Kleintierhaltung (Gänse) im kleineren Umfang sowie für die Lagerung und Unterbringung von Geräten und Materialien genutzt. Die Flächen werden für den Betrieb nicht zwingend benötigt. Der östliche Grünbereich stellt sich durchweg als artenarmes, durch intensivste Nutzung degeneriertes Magergrünland mit offenen Bodenstellen dar.

Im westlichen Bereich befindet sich angrenzend an die Krämergasse ein leerstehendes Nebengebäude im Bestand vor. Teile des Gebäudes sind bereits abgerissen. Im Süden des Gebiets finden sich ehemals für landwirtschaftliche Zwecke genutzte Gebäude vor (Unterhaltung Kleintiere, Abstellfläche, Lagerung). Aufgrund der fehlenden weiteren Notwendigkeit soll im Zuge der Überplanung ein Abriss dieser erfolgen und die entstehende Fläche für die Schaffung von dringend benötigten Wohnbauflächen genutzt werden.

Der Planbereich ist bestand bereits vollständig anthropogen überprägt und teilweise versiegelt.

Das Plangebiet ist begrenzt durch die umliegende Wohnbebauung und wird verkehrlich über das Flurstück 317/2 der Flur 0 an die „Krämergasse“ erschlossen. Die umliegenden Strukturen sind überwiegend durch Riegelbebauungen mit dahinterliegenden Gartenbereichen geprägt. Vor allem der westlich angrenzende Siedlungsbereich ist durch eine dichte, kleinteilige, Straßenrandbebauung mit kleinräumigen Gartenbereichen geprägt. Der Großteil der Gemarkung sowie auch der östlich angrenzende Bereich ist durch schmale, langgezogene Grundstückszuschnitte geprägt. Hierdurch ergeben sich im Anschluss an geschlossene Bebauungszusammenhänge (teilweise ehemals Haus- und Hofbebauung) entsprechend großzügige langgezogene Gartenbereiche. Insgesamt entsteht für den Untersuchungsraum der Eindruck einer durch Randbebauung eingefassten Grüninsel.



Abbildung 5: Nutzungen Plangebiet und direktes Umfeld

Das direkte Umfeld ist überwiegend durch Wohnnutzung geprägt. So befindet sich im näheren Umfeld westlich des Plangebietes ein KFZ-Ersatzteilegeschäft, eine Metzgerei, eine Fahrschule und eine Pizzeria sowie östlich ein Uhrengeschäft, eine Zoohandlung, ein Computerreparaturdienst und ein Kindergarten.

Da das Planungsgebiet am östlichen Gemarkungsrand der Ortsgemeinde situiert ist, sind im weiteren Umfeld landwirtschaftlich genutzte Flächen verortet.



Abbildung 6: Nutzungen im Plangebiet und im direkten Umfeld ² (ohne Maßstab)

3.2 Topographie

Innerhalb des Plangebietes sind keine erheblichen topographischen Höhenunterschiede, demnach liegt die Hangneigung bei unter 5 %³. Das durchschnittliche Höhenmaß liegt bei ca. 111 m ü. NHN.⁴

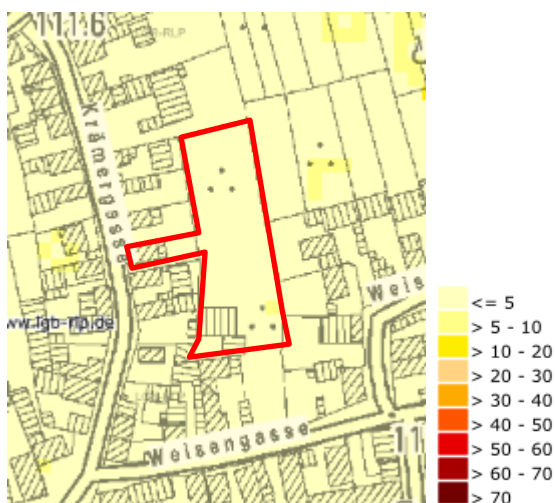


Abbildung 7: Hangneigung in % ⁵

² Eigene Darstellung auf Grundlage von Google Maps, <https://www.google.de/maps/@49.3633003,8.2648774,224m/data=!3m1!1e3!5m1!1e4php>, Stand 14.10.2022.

³ Landesamt für Geologie und Bergbau, <https://mapclient.lgb-rlp.de/>, Stand 14.10.2022.

⁴ Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität, <https://geoportal-wasser.rlp-umwelt.de/servlet/is/2025/>, Stand 14.10.2022.

⁵ Landesamt für Geologie und Bergbau RLP, <https://mapclient.lgb-rlp.de/>, Stand 14.10.2022.

3.3 Untergrund/Grundwasser

Das Plangebiet liegt im Bereich der Bodengroßlandschaft der Auen und Niederterrassen mit Vegen und Gley-Vegen aus carbonatischem Auenschluff und Auenlehm.⁶

Aufgrund der Lage im Siedlungskörper wurden die Böden stark anthropogen überformt und es kam teilweise zu Bodenverdichtungen. Daher ist die Durchlässigkeit des Untergrundes als mittel einzuschätzen.

Die Grundwasserneubildung liegt bei 25 mm/a bei einem Niederschlag von 550-600 mm.⁷

3.4 Altlasten

Altstandorte, schädliche Bodenveränderungen oder Altlastenverdachtsflächen sind bis zum derzeitigen Planungsstand nicht bekannt.

3.5 Archäologische Fundstellen und Kleindenkmäler

In der Fundstellenkartierung der Direktion Landesarchäologie sind im Geltungsbereich der o.g. Planung zwei archäologische Fundstellen verzeichnet. Es handelt sich dabei um einen neolithischen Einzelfund (Fdst. Haßloch 39) und eine Körperbestattung unbekannter Zeitstellung (Fdst. Haßloch 43).

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs, sowie in unmittelbarer Umgebung liegen keine Informationen bzgl. Kultur- und Kleindenkmäler vor. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass bislang nicht bekannte Kleindenkmäler innerhalb des Plangebiets vorkommen.

3.6 Starkregen

Hinweis

Die vorliegende allgemeine Risikoabschätzung basiert auf einer GIS-gestützten Untersuchung des Digitalen Geländemodells und beruht somit allein auf der Betrachtung der Geländemorphologie. Weitere relevante Einflussfaktoren (u.a. Größe des Einzugsbereiches, Bodenart, Vegetation, Versiegelungsgrad, Lage und Kapazität der Retentionsflächen, Kanalisation, Erschließungsgerüst, etc.) können nur im Zuge einer Detailuntersuchung erfolgen.

Topographisches Risikopotential / Abflussakkumulation:

Die Betrachtung potenzieller Abflussakkumulationen ergibt, dass innerhalb des Plangebiets keine Abflussströme zu erwarten sind. Dennoch kann im Fall eines Starkregenereignisses eine mögliche Gefahr durch Überflutungen nicht ausgeschlossen werden. Der Grad der Gefährdung für die Ortsgemeinde wird als hoch eingestuft und ist gegebenenfalls anhand weiterer Daten näher zu untersuchen.

Das Plangebiet weist keine Wasserflächen oder angrenzende Gewässer auf und wird ebenfalls nicht von solchen tangiert. Östlich in ca. 380 m Entfernung zum Geltungsbereich befindet sich der Sendlinggraben und südlich, in ca. 250 m Entfernung, der Mittelgraben. Beide Gewässer sind der dritten Gewässerordnung angehörig. Nördlich des Plangebietes, in ca. 380 m Entfernung, befindet sich der Zwerggraben, ein Gewässer dritter Ordnung. Zudem ist nördlich des Plangebietes mit potentiellen Überflutungen an Tiefenlinien zu rechnen.

⁶ Landesamt für Geologie und Bergbau, http://mapclient.lgb-rlp.de/?app=lgb&view_id=18, Stand 24.09.2020.

⁷ Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, <https://geoportal-wasser.rlp-umwelt.de/servlet/is/8265/>, Stand 24.09.2020.

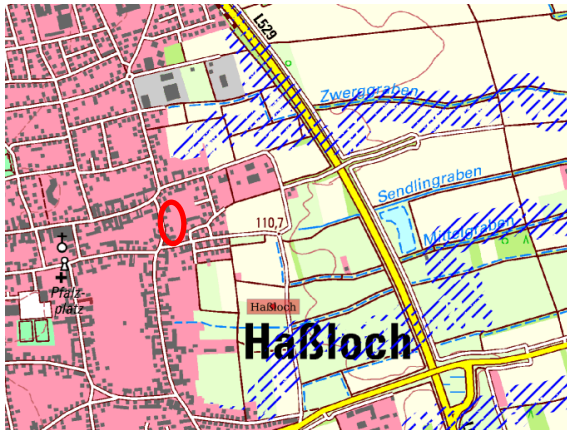


Abbildung 8: Starkregenkarte im Umfeld des Plangebietes (rote Markierung)⁸

Sturzflutenkarten⁹

Die Sturzflutgefahrenkarten zeigen die Wassertiefen, die Fließgeschwindigkeiten und die Fließrichtungen von oberflächlich abfließendem Wasser infolge von Starkregenereignissen. Dafür werden drei Szenarien mit unterschiedlicher Niederschlagshöhe und -dauer betrachtet:

- ein außergewöhnliches Starkregenereignis (SRI 7) mit einer Regenmenge von ca. 40 - 47 mm in einer Stunde.
- ein extremes Starkregenereignis (SRI 10) mit einer Regenmenge von ca. 80 - 94 mm in einer Stunde.
- ein extremes Starkregenereignis (SRI 10) mit einer Regenmenge von ca. 124 - 136 mm in vier Stunden.

Für den Planbereich werden für außergewöhnliche Starkregenereignisse (1h) Wassertiefen von 10 bis 30 cm aufgezeigt. Die Fließgeschwindigkeit liegt bei einem solchen Ereignis bei voraussichtlich 0 bis 0,2 m/s. Bei extremen Starkregen (1 und 4 Stunden) steigt die Wassertiefe auf teilweise bis zu 50 cm in vereinzelt Bereichen an, während ein Großteil des Gebietes Wassertiefen von bis zu 10 bis 30 cm aufweist. Im Bereich der Baufenster liegen die Werte zwischen 10 bis 50 cm, weshalb hier eine hochwasserangepasste Bauweise empfohlen wird. Die Fließgeschwindigkeiten bleiben gemäß der Kartierung auf einem konstant niedrigen Wert von 0 bis zu 0,2 m/s.

Im Fall eines Starkregenereignisses kann eine mögliche Gefahr durch Überflutungen nicht ausgeschlossen werden. Der Grad der Gefährdung ist gegebenenfalls anhand weiterer Daten näher zu untersuchen.

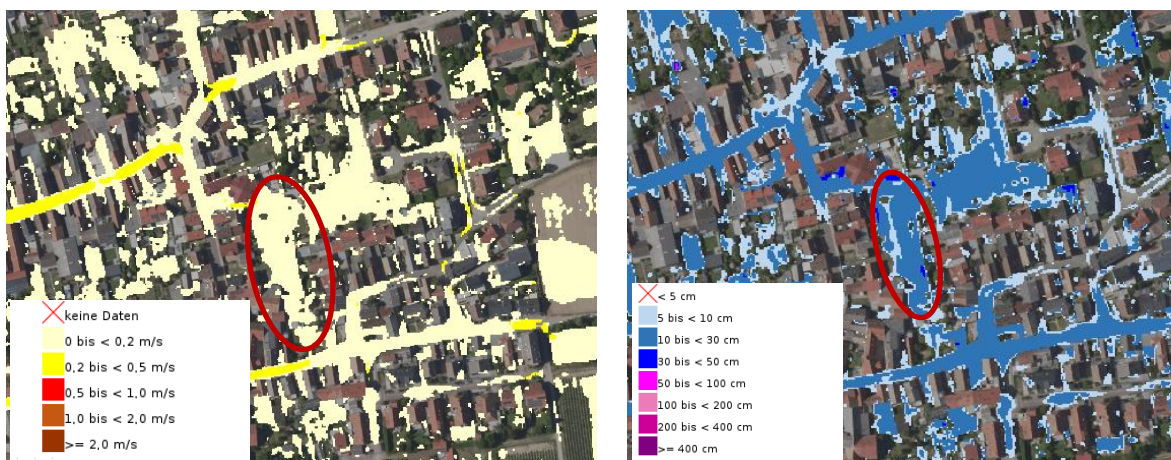


Abbildung 9: Sturzflutenkarte: Fließgeschwindigkeit und Wassertiefe bei außergewöhnlicher Starkregen

⁸ Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität, <https://geoportal-wasser.rlp-umwelt.de/servlet/is/10081/>, Stand 06.02.2023

⁹ Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität: Sturzflutkarte - Wasserportal (rlp-umwelt.de), Stand November 2023

Hochwassergefahren

Auch wenn laut den Hochwassergefahrenkarten das Plangebiet geflutet ist und damit nicht ohne weiteres in überschwemmbareren Bereichen gebaut werden darf, gibt es hier aufgrund verschiedener den Bereich Haßloch flankierender HW-Schutzmaßnahmen und Vereinbarungen in der Vergangenheit zum momentanen Zeitpunkt den Standpunkt, dass eine innerörtliche Bebauung möglich ist, jedoch zum hochwasserangepassten Planen und Bauen geraten wird.

Hinweis:

Aufgrund verschiedener den Bereich Haßloch flankierender Hochwasserschutzmaßnahmen und Vereinbarungen in der Vergangenheit gilt zum momentanen Zeitpunkt mit der zuständigen Behörde die Abstimmung, dass eine innerörtliche Bebauung (Nachverdichtung / Baulückenschluß) möglich ist, aber zum hochwasserangepassten Planen und Bauen geraten wird.

Gemäß der aufgezeigten Sachlage wird daher eine hochwasserangepasste Bebauung (z.B. keine ebenerdigen Hauseingänge, überdachte Kellereingangsbereiche etc. wegen Starkregengefahr und damit verbundener Gefahr von Wassereintritt ins Haus)) sowie eine muldenförmige Ausformung der Grünflächen empfohlen. Die weiteren Ausgestaltungen sind entsprechend auf den nachgelagerten Ebenen im Zuge der Detailplanung mit den zuständigen Behörden abzustimmen.¹⁰

4 Städtebauliches Konzept

Das Plangebiet wird bereits, wie unter Punkt 2. 2.3 erläutert, durch einen rechtskräftigen Bebauungsplan überplant, welcher im Jahr 1982 in Kraft getreten ist. Hier wird für den Planbereich derzeit kein Baufenster festgesetzt. Für den Geltungsbereich, für den die vorliegende Planänderung vorgesehen ist, wurden in dem Ursprungsbebauungsplan „Weisengasse“ keine näheren Regelungen getroffen. Eine Bebauung ist in diesem Bereich derzeit nicht zulässig. Somit werden mit der Änderung die rechtlichen Grundlagen geschaffen, um eine maßvolle, an die Umgebung angepasste Nachverdichtung realisieren zu können. Aufgrund des bestehenden Bedarfs an Wohnbauflächen in der Ortsgemeinde Haßloch sieht das städtebauliche Konzept innerhalb des ca. 0,24 ha umfassenden Geltungsbereichs die Errichtung eines allgemeinen Wohngebiets vor. Die im Bestand vorhandenen Nebengebäude sollen entsprechend abgerissen werden.

Die Ortsgemeinde hat sich dabei für eine effektive Ausnutzung der Fläche entschieden. Unter Beachtung eines gewissen Grünvolumens und der Wahrung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse soll auf der Fläche die planungsrechtliche Voraussetzung zur Schaffung von zwei Mehrfamilienhäusern geschaffen werden. Hierdurch soll eine bestmögliche Ausnutzung der Fläche erfolgen, welche das maximal verträgliche Maß an neuem Wohnraum schafft. Insgesamt sollen durch die Planung ca. 11 Wohneinheiten entstehen.

Das bauliche Maß sowie die Nutzung orientieren sich dabei am direkten Umfeld der Planung. Der maximal zulässige Versiegelungsgrad (GRZ I 0,4) orientiert sich dabei an dem allgemeinen Orientierungswert der BauNVO sowie an den Festsetzungen des derzeit rechtskräftigen Bebauungsplans. In Anlehnung an umgebenden Strukturen wurde zudem eine maximale Höhe von 10,00 m gewählt. Durch die Festsetzung von maximalen Trauf- und Firsthöhen erfolgt zudem eine umgebungsangepasste Feinsteuerung, welche zudem der Entstehung von massiven Gebäudewänden entgegenwirkt. Bei der Ausgestaltung eines Flachdaches ist demnach nur eine maximale Gebäudehöhe von 7,50 m zulässig.

Durch die erfolgte Abgrenzung der Baufenster wird eine gewisse Pufferzone hin zu den westlich angrenzenden kleinflächigen, stark versiegelten Strukturen gewährleistet. Zudem wird hierdurch der Entstehung eines massiven Baukörpers entgegengewirkt und ein zentraler Freibereich gesichert. Dies gewährleisteten des Weiteren eine gewisse Durchlüftung und Belichtung.

¹⁰ Rücksprache Abteilung 3 - Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz STRUKTUR- UND GENEHMIGUNGSDIREKTION SÜD, 11/2023.

Insgesamt sieht das städtebauliche Konzept demnach eine an direkte Umgebung angepasste, effektive Nachverdichtung vor.

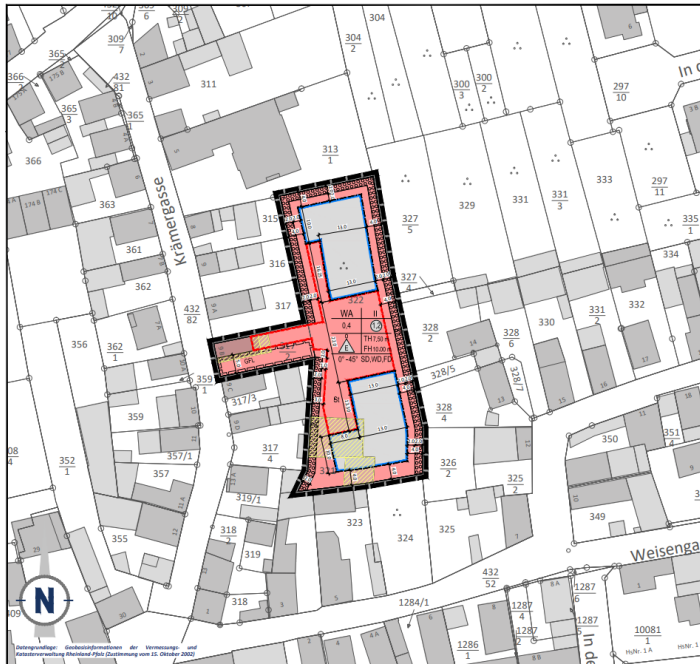


Abbildung 10: Entwurf des Bebauungsplans „Weisengasse - 3. Teiländerung und Erweiterung“

4.1 Grünstruktur

Im Hinblick auf eine angestrebte maßvolle Nachverdichtung sieht das Konzept zudem die Schaffung eines gewissen Grünvolumens vor.

Durch eine umfangreiche Gebietseingrünung mittels eines Pflanzstreifens entlang der westlichen, nördlichen und östlichen Gebietsgrenze soll ein harmonischer Übergang zum bestehenden Siedlungsbereich sichergestellt werden und mögliche Störreinflüsse gemindert werden. In Zusammenspiel mit den weiteren grünordnerischen Festsetzungen (Dachbegrünung bei Flachdach, wasserdurchlässige Belege, Ausschluss Schottergärten, Pflanzung von ca. 4 Bäumen, GRZ) wird ein gewisse Durchgrünung gesichert. Hierdurch wird der Versiegelungsgrad auf geringstmögliches Maß beschränkt. Gerade im Hinblick auf die hier angestrebte Nachverdichtung soll durch umfangreiche Grünmaßnahmen ein entscheidender Beitrag im Hinblick auf das Wassermanagement, die Klimaanpassung, die Steigerung der Biodiversität sowie die Verbesserung der Raumwirkung und der allgemeinen Lebensqualität geleistet werden. Neben der Schaffung eines gewissen Rückhaltevolumens, wird durch eine umfangreiche Begrünung zudem einer übermäßigen Aufheizung entgegengewirkt werden.

Für die Versickerung sind zwei unterschiedliche Versickerungssysteme vorgesehen. Die Gebäudenähe-Versickerung in unmittelbarer Nähe zu den Stellplätzen, wird rohrgebunden durch die Dachflächen sowie oberflächlich zufließend über die Stellplätze und durch einen Teil der Verkehrsfläche beschickt. Die verbleibende Verkehrsfläche wird verkehrsflächenausgestaltungsbedingt aufgeteilt und fließt breit- und oberflächlich den anstehenden Grünstreifen zu – die begrenzenden Borde werden diesbezüglich passagenweise mit Schlitzfenstern versehen.

Die Dimensionierung des benötigten Rückhaltevolumens wurden durch den Bearbeiter des Gutachtens berechnet und hierzu die Vorgaben der Arbeitsblätter DWA-Arbeitsblatt A 117 und DWA-A 138 berücksichtigt.

Die Regenlast für den Versickerungsbereich des nördlichen Gebäudes beträgt nach der Annahme 20,6 m³ und für das südliche Gebäude 21,01 m³. Aufgrund der angedachten Entwässerung mit Versickerungs- und Speicherbereichen, die auf ein 30 jährliches Regenereignis ausgelegt sind, können Volumina von insgesamt 45 m³ zur Versickerung bereitgestellt werden. Gemäß den Berechnungen der ETVU ist somit ein zusätzlicher wasserwirtschaftlicher Ausgleich in Höhe von 19 m³. Um dieses nötige Ausgleichsvolumen zu schaffen, werden gemäß der ETVU drei Möglichkeiten vorgeschlagen.

- 1) Das Vorsehen von Zisternen zur Regenwasserspeicherung und -nutzung. Die Zisternen müssten jedoch als Flachtank-zisternen ausgelegt werden, da das Grundwasser im Maximum mit 1,4 m u. GOK zu erwarten ist. Der potenziell hohe Grundwasserstand übt einen Auftriebsdruck auf alle sich im Grundwasser befindlichen Objekte und Bauwerke aus, wodurch die Zisternen gegen das Auf-treiben zusätzlich zu sichern wären. Hinzu kommen Wartungs- und Pflegekosten. Von der Unter-bringung der Zisternen in den Gebäuden sollte aus Sicht des Planers Abstand genommen werden (intensive Inanspruchnahme von Fläche).
- 2) Das Vorsehen von extensiver Dachbegrünung auf beiden Hausdächern (potenziell maximale mögliche Neigung eines extensiven Gründaches 45°). Durch das zu Verfügung stehende Poren-raumvolumen des Gründach-Substrates wird ein Teil des zum Abfluss kommenden Niederschla-ges zurückgehalten und der Verdunstung zugeführt. Das Vorsehen von Dachbegrünung ist jedoch mit erhöhten Kosten verbunden.
- 3) Das Vorsehen von zusätzlichen, im U-Profil oder Trapezprofil ausgeprägten, Rückhalteräumen. Hierbei muss eine Strecke von ca. 75 m (bei einer Tiefe von 0,3 m und einer Breite von 1 m) ange-dacht werden. Die 75 m lassen sich problemlos im Bereich um die Häuser anordnen und gut in die restliche Grünflächengestaltung integrieren.

Hinsichtlich der Verkehrsflächenentwässerung kommt die ETVU zu dem Ergebnis, dass die zusätzliche, durch die Neuplanung anfallende, Regenwassermenge im Hinblick auf etwaige problematische Abflusssi-tuation in dem bestehenden Mischwasserkanal vernachlässigbar und mit größter Wahrscheinlichkeit ab-solut schadensfrei ist.

Weiterhin wurde eine **Wasserhaushaltsbilanz** für den vorliegenden Geltungsbereich erstellt.

Eine Aufsummierung der maximalen einzelnen Abweichungen von jeweils 10 Prozentpunkten ergibt eine zulässige Gesamtabweichung von 30 Prozentpunkten. Innerhalb dieser Gesamtabweichung sollte sich die Gesamtänderung der WHB vom Referenzzustand im Vergleich zu der Neuplanung bewegen. Zusätzlich wurde ein durch uns noch verträgliches Maß der Abweichung eines Teilstromes in Höhe von maximal 15 Prozentpunkten festgelegt. Diese maximale (Einzelstrom-) Verträglichkeit ist in Verbindung mit der Vor-gabe an die Gesamtabweichung zu sehen.

Die Wasserhaushaltsbilanz verdeutlicht die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf den IST-Zu-stand. Die Mulden-Rigolen-Versickerung zeigt signifikante positive Auswirkungen, indem sie das Regen-wasser auffängt und größtenteils zur Grundwasserneubildung leitet. Dadurch steigt die Neubildungsrate

deutlich an und der Gebietsabfluss sinkt merklich. Allerdings geht mit der erhöhten Versiegelung eine unvermeidbare Verringerung der Verdunstungsleistung einher.

Die gezielte Ableitung von Regenwasser auf Pflanz- und Grünflächen sowie die Schaffung von stauenden Bereichen führen zu leichten Steigerungen der Verdunstungsmengen. Doch das Referenzverdunstungsniveau kann dadurch nicht erreicht werden. Die Nutzung von Regenwasser durch Zisternen reduziert jedoch die Grundwasserneubildung. Hierbei besteht das Risiko eines direkten Kontakts des Grundwassers mit Hebe- und Senkwirkungen.

Eine extensive Dachbegrünung steigert die Verdunstungsrate, was wiederum die Grundwasserneubildung verringert. Die effektivste Wasserbewirtschaftung ergibt sich aus der Kombination von Zisternen, extensiver Dachbegrünung und der Einhaltung der Vorgaben der ETVU.

Trotz aller Maßnahmen ist es nicht möglich, eine zulässige Abweichung des geplanten Wasserhaushalts gegenüber dem Referenzzustand herbeizuführen. Zudem könnten die geplanten Maßnahmen aufgrund der Gebietsgröße eine beträchtliche finanzielle Belastung darstellen.

Es wurde außerdem extern darauf hingewiesen, dass die Abflussmenge aus dem Gebiet in die bestehende Entwässerung in der Krämergasse minimal ausfallen sollte, da der vorhandene Mischwasserkanal bereits stark ausgelastet ist.

Die geplante Nachverdichtung im Bestand, entsprechend dem Leitbild der Stadtentwicklung, steht vor herausfordernden wasserhaushaltlichen Zielen. Obwohl die Abweichung von den Vorgaben akzeptabel ist, stellt die erhöhte Grundwasserneubildung ein positives Merkmal dar. Der Großteil des Abflusses wird dem Grundwasser zugeführt, was den negativen Einfluss der Versiegelung auf die Verdunstungsleistung ausgleicht.

Durch die geplanten Wasserbewirtschaftungsmaßnahmen der Entwässerungstechnik lassen sich die negativen Effekte der Versiegelung kompensieren. Der Großteil des Regenwassers von versiegelten Flächen wird für die Grundwasserneubildung genutzt. Die Abweichung vom Referenzzustand liegt außerhalb des zulässigen Bereichs, und trotz positiver Effekte verschiedener Maßnahmen kann die Abweichung nicht auf ein zulässiges Maß reduziert werden.

Trotz der insgesamt positiven Bilanzänderungen auf den lokalen Wasserkreislauf und der geringfügig geänderten Wasserverfügbarkeit, wird keine negative Wirkung auf den Wasserkreislauf erwartet. Angesichts der finanziellen Kosten und der formalen Grenzen der Ergebnisse wird empfohlen, die wasserwirtschaftliche Ausgestaltung entsprechend der ETVU umzusetzen.

Durch die Festsetzungen zur Dachbegrünung von Flachdächern sowie der weiteren Grünfestsetzungen wird ein sinnvoller Beitrag zum Klimaschutz, Wasserhaltung und Biodiversität geleistet. Zudem wird ein gewisses Mindestrückhaltevolumen ermöglicht. Die Verwendung von wasserdurchlässigen Belegen, die Festlegung der Flächen für Stellplätze sowie die getroffene GRZ reduzieren zudem den Anteil an versiegelten Flächen. Alternativ zur Erhöhung des Rückhaltevolumen zur Abflussmengenreduzierung können auch Lösungen mit Zisternen und Rigolen umgesetzt werden. Die Niederschlagswassernutzung entlastet die Entwässerungsanlagen, reduziert das Überschwemmungsrisiko und schont den Wasserhaushalt. Maßnahmen zur Niederschlagswassernutzung können z.B. eine Nutzung als Brauchwasser für z.B. Toilettenspülungen oder die Nutzung für die Gartenbewässerung sein.

Aufgrund der topografischen Lage (nahezu eben) sowie der getroffenen Maßnahmen erscheint derzeit keine erhöhte Vulnerabilität gegenüber Starkregenereignissen gegeben.

4.4 Immissionen und Emissionen

Zur Reduzierung von möglichen Lärmkonflikten durch den zu erwartenden Zu- und Abfahrtsverkehr wurde im Bebauungsplan die Anzahl der Wohneinheiten begrenzt, Tiefgaragen ausgeschlossen und ein Bereich für mögliche Stellplätze klar definiert. Hierdurch kann der voraussichtlich zu erwartende Verkehr begrenzt werden. Durch die klare Abgrenzung der zulässigen Bereiche werden zudem Pufferzonen geschaffen, das maximal mögliche Maß weiter beschränkt und die Lärmquellen auf bestimmte Bereiche beschränkt.

Zur Ermittlung der tatsächlich zu erwartenden Geräuscheinwirkungen durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen wurde im Vorfeld der Planung ein entsprechendes Schalltechnisches Gutachten¹⁴ durchgeführt. Die Ergebnisse des **Schalltechnischen Gutachtens** werden nachstehend zusammengefasst dargestellt.

Anlagenlärm durch Parkierungsanlagen

Grundsätzlich sind nach § 12 Abs. 1 BauNVO Stellplätze in allen Baugebieten unter Beachtung von § 12 Abs. 2-6 BauNVO zulässig. Nach § 12 Abs. 1 BauNVO sind in Kleinsiedlungsgebieten, reinen und allgemeinen Wohngebieten sowie Sondergebieten Stellplätze und Garagen für den durch die zugelassene Nutzung verursachten Bedarf zulässig. Auch die Parkplatzlärmstudie weist darauf hin, dass Stellplatzimmissionen in Wohngebieten gewissermaßen zu den üblichen Alltagserscheinungen gehören. Entgegen gewerblich genutzter Parkierungsanlagen, die in den Anwendungsbereich der TA-Lärm fallen, sind Parkierungsanlagen bspw. von Wohnbauvorhaben somit einzelfallbezogen zu beurteilen.

Das Planvorhaben sieht die Schaffung von 21 oberirdischen Stellplätzen für die zukünftigen Bewohner der zwei Mehrfamilienhäuser vor. Die Zu- und Abfahrten zu den Stellplätzen erfolgen über eine Zufahrt über die Krämergasse. Die Anzahl der Fahrzeugbewegungen für die oberirdischen Stellplätze wird anhand der Parkplatzlärmstudie abgeschätzt. Für den Beurteilungszeitraum Tag (06.00-22.00 Uhr) nennt die Studie für oberirdische Stellplätze von Wohnanlagen 0,4 Bewegungen pro Stellplatz und Stunde und für Beurteilungszeitraum Nacht (22.00-06.00 Uhr – lauteste Nachtstunde) 0,15 Fahrzeugbewegungen je Stellplatz und Stunde. Somit ergeben sich insgesamt 134 Fahrzeugbewegungen am Tag und 3 Fahrzeugbewegungen in der lautesten Nachtstunde.

Am Tag werden Beurteilungspegel zwischen 39 und 44 dB(A) ermittelt. Die höchsten Geräuschimmissionen wirken auf die Gebäude „Krämergasse 9C Ausbau“ sowie „Krämergasse 9D“ ein. In der Nacht werden Beurteilungspegel zwischen 33 und 40 dB(A) ermittelt. Die Immissionsrichtwerte für Mischgebiete von 60 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts bzw. für allgemeine Wohngebiete von 55 dB(A) tags und 40 dB(A) werden eingehalten. Im vorliegenden Fall werden Schallschutzmaßnahmen nicht erforderlich. Das schalltechnische Gutachten zum Bebauungsplan kommt zu dem Ergebnis, dass die Ausweisung der Stellplätze mit den angrenzenden schutzbedürftigen Nutzungen verträglich ist.

Zunahme des Verkehrslärms

Durch das Planvorhaben werden nach den Anhaltswerten der Parkplatzlärmstudie rund 145 Kfz/24 h erwartet. Die Krämergasse nimmt diesen planbedingten Mehrverkehr auf. Durch die Entwicklungsabsichten entsteht eine Nutzung, die im Wesentlichen Pkw-Fahrzeugbewegungen hervorruft. Lkw-Fahrten, die im Vergleich zu Pkw-Fahrten deutlich mehr Lärm verursachen, werden nur vereinzelt stattfinden.

Durch die Entwicklungsabsichten entsteht eine Nutzung, die im Wesentlichen Pkw-Fahrzeugbewegungen hervorruft. Lkw-Fahrten, die im Vergleich zu Pkw-Fahrten deutlich mehr Lärm verursachen, werden nur vereinzelt stattfinden. Ferner ist die Entwicklung einer brachliegenden Fläche in einer Ortsmitte erwartbar und somit sind die mit der Entwicklung der Fläche verbundenen Mehrverkehre auch hinnehmbar. Aufgrund der geringen Zahl zusätzlicher Fahrzeugbewegungen, der Lage des Plangebiets in der Ortsmitte, der Verkehrszusammensetzung der zusätzlichen Verkehre sowie des Beibehaltens der Funktion der umliegenden Straßen wird die Zunahme des Verkehrslärms als erwartbar und hinnehmbar eingestuft.

¹⁴ Konzept dB plus GmbH, Schalltechnisches Gutachten zum Bebauungsplan, Stand: September 2023

Baubedingte Emissionsquellen

Während der Bauphase nicht auszuschließen sind allerdings Belastungen in der unmittelbaren Umgebung des Plangebietes durch Lärm seitens der Baumaschinen oder Staubentwicklungen. Diese sind jedoch nur auf einen kurzen Zeitraum begrenzt und können folglich als zumutbar angesehen werden.

Verschattung

Im Zuge der Planung ist von einer Erhöhung der Verschattung der umliegenden Flächen auszugehen. Zur Überprüfung der möglichen Auswirkungen einer Realisierung gemäß Planerischer Konzeption wurde mithilfe des Internet-Tools „ShadeMap – Simulate sun shadows for any time and place on earth“¹⁵ eine schematische, grobe Betrachtung der Verschattung erarbeitet. Im Regelfall bedarf es keiner besonderen Ermittlung, Bewertung und Abwägung zur Frage einer planbedingten Verschattung, wenn die bauordnungsrechtlichen Abstandsflächenvorschriften bei Umsetzung des Bebauungsplans, wie hier vorliegend, eingehalten sind.¹⁶ Die nachfolgend aufgeführte Betrachtung ist dabei nicht mit einem offiziellen Verschattungsgutachten gleichzusetzen und dient nur einer ersten Einschätzung.

Maßgebend für die Beurteilung der Besonnung ist die DIN 5034. Demnach muss an den Stichtagen 17. Januar mindestens eine einstündige Besonnung und am 23. September mindestens eine vierstündige Besonnung für mindestens einen Aufenthaltsraum gegeben sein. Um eine repräsentative Aussage über die Besonnung im Jahresverlauf geben zu können, werden drei für das Jahr signifikante Betrachtungszeitpunkte ausgewählt. Der 21. Juni ist der Tag mit dem höchsten Sonnenstand und auch der Tag mit der längsten Sonnenscheindauer von über 16 Stunden in Mitteleuropa. Er steht damit repräsentativ für den geringsten Schattenwurf. Der Zeitpunkt der Tagundnachtgleiche, der sowohl am 21. März wie auch am 21. September auftritt, steht für den mittleren jährlichen Schattenverlauf. Für den repräsentativen Zeitpunkt der minimalen Sonneneinstrahlung wird aufgrund der Vorgabe durch die DIN 5034 nicht der Tag der Wintersonnenwende, der 21. Dezember, sondern ein mittlerer Wintertag definiert, der 17. Januar.

¹⁵ ShadeMap – simulate sun shadows for any time and place on earth, <https://shademap.app/>, Stand 15.08.2023.

¹⁶ VGH Bayern, Beschluss vom 09.08.2022 - 15 CS 22.1364



Abbildung 13: Verschattung im Bestand am 17.01¹⁷



Abbildung 14: Verschattung bei Planrealisierung am 17.01¹⁸



Abbildung 15: Verschattung im Bestand am 20.03¹⁹



Abbildung 16: Verschattung bei Planrealisierung am 20.03²⁰



Abbildung 17: Verschattung im Bestand am 23.09²¹



Abbildung 18: Verschattung bei Planrealisierung am 23.09²²

¹⁷ ShadeMap – simulate sun shadows for any time and place on earth, <https://shademap.app/>, Stand 15.08.2023.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda.

Aus den in den Abbildungen 12 bis 16 enthaltenen Betrachtung, die mithilfe des Internet-Tools „Shade-Map“ erstellt wurden, werden keine unzumutbaren Verschattungen ersichtlich. Wichtig ist dabei zu betonen, dass die im Bestand vorhandenen Gebäude im Plangebiet durch das Tool nicht entfernt werden können und daher weiterhin mit dargestellt werden. Es ist daher aufgrund des geplanten Abrisses von einer Verbesserung im Planstand auszugehen. Auch werden allgemein keine Dachformen dargestellt. Die gemäß DIN 5034 einzuhaltenden Besonnungszeiten werden demnach, zu den für die Untersuchung ausschlaggebenden Zeiten, stets erfüllt. Zudem ist aufgrund der getroffenen Abgrenzung der Baufenster (Abstände zu Grundstücksgrenzen, Lücke zwischen zwei Baufenstern, offene Bauweise) sowie aufgrund der an die Umgebung angepassten Höhenfestsetzungen (max. 10 m) derzeit nicht davon auszugehen, dass durch die hier vorliegende Planung eine Verschlechterung der herrschenden gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse hervorgerufen wird. Die umfangreich getroffenen Grünfestsetzungen können zudem zu einer Minderung von möglichen Störreinflüssen beitragen (u.a. Belüftung, Abkühlung, Raumwirkung, Staubimmissionen). Die Unterteilung in zwei Baufenster sowie die Orientierung an den umliegenden Höhenstrukturen verhindern zudem die Entstehung eines übermäßigen Baukörpers. Hierdurch wird einer unverhältnismäßigen Verschattung sowie der Entstehung von Riegeln entsprechend entgegengewirkt. Mögliche Verringerungen des Lichteinfalls sind vielmehr in aller Regel im Rahmen der Veränderung der baulichen Situation in bebauten Ortslagen und insbesondere in dicht bebauten innerstädtischen Bereichen grundsätzlich hinzunehmen. Sofern eine Bebauung die gesetzlichen Abstandsflächen einhält, ist zudem im Allgemeinen davon auszugehen, dass die diese als nicht rücksichtslos einzustufen ist.²³ Durch die Einhaltung der Abstandsflächen bleiben die Anforderungen an Besonnung und Belüftung sowohl innerhalb wie auch auf den benachbarten Grundstücken gewahrt.

5 Planungsrechtliche Festsetzungen

5.1 Art der baulichen Nutzung

Als Art der baulichen Nutzung wird ein Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO festgesetzt. Hierdurch wird ein Einfügen in die umliegenden Nutzungen gewährleistet und die bestehende Festsetzung des rechtskräftigen Bebauungsplans für diesen Bereich aufgegriffen. Der Bebauungsplan wird mit der primären Zielsetzung aufgestellt, der bestehenden Nachfrage nach Wohnbauland in der Ortsgemeinde Haßloch durch Nachverdichtung bedarfsorientiert entgegenzukommen.

Die Ausnahmen des § 4 Abs. 3 Nr. 1-3 BauNVO sind allgemein zulässig. Nicht zugelassen werden die Ausnahmen nach § 4 Abs. 3 Nr. 4 und 5 BauNVO.

Ein Ausschluss bestimmter Nutzungen und der damit verbundene Eingriff in die Grundstücksnutzung erschienen dem Plangeber vor dem Hintergrund der städtebaulichen Zielsetzung der Schaffung eines Baugebietes mit einem hochwertigen Wohnumfeld als folgerichtig und maßvoll. Des Weiteren soll durch diesen Ausschluss im Zuge der Konfliktbewältigung eine für die im Konzept angedachte Wohnnutzung entstehende erhebliche belästigende Wirkung durch Lärm- oder Geruchsmissionen durch die Ansiedlung von Tankstellen oder Gartenbaubetrieben vermieden werden. Der Ausschluss der „Gartenbaubetriebe“ und „Tankstellen“ werden aufgrund des mit diesen Nutzungen und Zusammenhang stehenden unmaßstäblichen Flächenbedarfs in Relation zur Größe des Plangebietes und bzw. ihrer verkehrserzeugenden Wirkung ausgeschlossen.

5.2 Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird im Bebauungsplan durch die Grundflächenzahl, Geschossflächenzahl sowie durch die Zahl der Vollgeschosse und Festsetzungen zu den Höhen der Gebäude bestimmt.

²³ Vgl. u.a. Oberverwaltungsgericht des Saarlandes 2 C 215/19, VGH Bayern, Beschluss vom 05.12.2022 - 15 ZB 22.2118.

Die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung gewährleisten ein Einfügen in die umgebende Bebauung.

Durch die hier getroffenen Festsetzungen soll insgesamt eine effektive und dennoch maßvolle, an die Umgebung angepasste, Nachverdichtung erfolgen. Die Festsetzungen orientieren sich am umgebenden Bestand.

Grundflächenzahl (GRZ)

Innerhalb des Plangebietes wird für den Bereich WA eine Grundflächenzahl von 0,4 festgesetzt. Hierbei werden die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes aufgegriffen. Die zulässigen Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten, baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, sowie Nebenanlagen darf durch die genannten Anlagen bis zu einer Grundflächenzahl von 0,6 überschritten werden.

Die Begrenzung der Grundflächenzahl erfolgt aus Gründen des Bodenschutzes sowie Schutz des Ortsbildes. Der Versiegelungsgrad der Baugrundstücke kann hierdurch auf ein vertretbares Maß beschränkt werden. Die gewählte Bauweise und die voraussichtliche Größe der Baugrundstücke lassen eine derartige Beschränkung der Überbauung der Grundstücke zu, ohne dass dadurch individuelle Baufreiheit unverhältnismäßig eingeschränkt wird. Zudem wird, durch eine Begrenzung der GRZ auf 0,4, den angrenzenden Grundstücken durch eine aufgelockerte Bebauung Rechnung getragen. Die Festsetzung orientiert sich zudem an den derzeit geltenden planungsrechtlichen Zulässigkeiten der näheren Umgebung.

Geschossflächenzahl (GFZ)

Die Geschossflächenzahl wird im Plangebiet für den Bereich WA auf 0,8 festgesetzt.

Mit der Festsetzung der Geschossflächenzahl (GFZ) kann eine mögliche, mit einer Überdimensionierung der Baukörper verbundene Beeinträchtigung des Ortsbildes vermieden werden. Somit kann dem Entstehen von Fremdkörpern entgegengewirkt werden. In diesem Bebauungsplan hält die festgesetzte GFZ die für Wohngebiete geltende Orientierungsgrenze der GFZ (0,8) ein. Die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse werden nicht beeinträchtigt. Hierzu tragen nicht zuletzt die günstige Belichtung und Durchlüftung der Wohnhäuser bei, die aufgrund der aufgelockerten Kubatur und der Fassadengliederung gewährleistet sind.

Zahl der Vollgeschosse und Höhe baulicher Anlagen

Um städtebauliche Spannungen zu vermeiden, erfolgt die Regelung der Höhenentwicklung baulicher Anlagen über die Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse und über die Festsetzung der maximalen Trauf- und Firsthöhe der baulichen Anlagen. Gemäß § 20 Abs. 1 BauNVO gelten als Vollgeschosse die Geschosse, die nach landesrechtlichen Vorschriften Vollgeschosse sind oder auf ihre Zahl angerechnet werden. Die Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse des Wohngebietes orientiert sich an der städtebaulichen Konzeption. Darüber hinaus entspricht die Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse weitgehend der Umgebungssituation. Mit der Beschränkung der Zahl der Vollgeschosse wird das Ziel verfolgt, die Errichtung überdimensionierter Baukörper zu verhindern. Einer gegenüber dem Bestand unverhältnismäßigen überdimensionierten Höhenentwicklung wird somit vorgebeugt. Die Funktionalität der baulichen Anlagen ist durch die Maximale Trauf- und Firsthöhe ausreichend gewährleistet. Zusammen mit der Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen kann somit innerhalb eines gestalterischen vorgegebenen Rahmens ein relativ einheitliches Erscheinungsbild der umliegenden Bebauung sichergestellt werden, ohne die Baufreiheit zu sehr einzuschränken. Eine Beeinträchtigung des Ortsbildes wird damit ausgeschlossen. Durch die Feinsteuerung mittels Regelung über die Trauf- und Firsthöhe wird zudem der Entstehung von massiv wirkenden Wandflächen entgegengewirkt. Die Zahl der Vollgeschosse wird für das Allgemeine Wohngebiet auf zwei Vollgeschosse als Höchstgrenze festgesetzt. Im Sinne einer effektiven und maßvollen Nachverdichtung soll

durch die getroffene Traufhöhe zudem unter Beachtung der zulässigen Anzahl an Wohneinheiten zudem die Möglichkeit für die sinnvolle Ausnutzung des Dachgeschosses (kein Vollgeschoss) gegeben werden.

Als Bezugspunkt für die Gebäudehöhe der geplanten baulichen Anlagen gilt die Oberkante der westlich an den Geltungsbereich angrenzenden Verkehrsfläche „Krämergasse“ in der Straßenmitte, senkrecht zur Mitte der Gebäudeseite. Die umliegende Bebauung weist dabei im Bestand derzeit eine Höhe von maximal 11,00 m auf. Die gewählte maximale Traufhöhe bei einer zweigeschossigen Bauweise von 7,50 m sowie die getroffene maximale Firsthöhe von 10,00 m liegt dabei im Rahmen der Bestandsstrukturen.

5.3 Begrenzung der Zahl der Wohneinheiten

Die Festsetzung zur Begrenzung der Wohneinheiten pro Wohngebäude entspricht der Planungsabsicht, durch die Schaffung von Mehrfamilienhäusern eine maßvolle und dennoch effektive Nachverdichtung sicherzustellen.

Zur Wahrung dieser Planungsintention sind im Plangebiet maximal nur 6 Wohneinheiten je Gebäude zulässig. Diese Eingrenzung ist notwendig, damit die Stellplatzsituation in diesem Areal gewährleistet werden kann und ein für die Umgebung verträgliches Maß gewährleistet werden kann.

5.4 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

Im Plangebiet gilt die offene Bauweise. Damit soll der ähnlich aufgelockerten, umliegenden bestehenden Bebauung Rechnung getragen werden. Durch die Einhaltung der Abstandsflächen bleiben die Anforderungen an Besonnung und Belüftung sowohl innerhalb wie auch auf den benachbarten Grundstücken gewahrt. Weiterhin sind im Allgemeinen Wohngebiet nur Einzelhäuser zulässig. Hierbei wird der Gebietscharakter der umliegenden Bebauung einbezogen und in der Planung berücksichtigt.

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baugrenzen vorgegeben. Die gewählte Größe der Baufenster lässt ausreichend Spielraum für die Gebäudestellung auf dem Grundstück. Gleichzeitig gewährleisten die Baufenster ausreichend Pufferzonen zu angrenzend sensiblen Bereichen, verhindern die Entstehung eines massiven durchgehenden Baukörpers und ermöglichen eine ausreichende Belichtung und Durchlüftung des Planbereichs und der umliegenden Strukturen. Bei der gewählten Abgrenzung der Baufenster wurde aufgrund der sensiblen Lage im bebauten Innenbereich demnach ein verstärkter Blick auf die Beibehaltung von gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen gesetzt.

5.5 Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen

Um die Herstellung der notwendigen Stellplätze zu steuern sind im Bereich des Allgemeinen Wohngebietes Stellplätze, Garagen und überdachte Stellplätze nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und in der Planzeichnung dargestellten Fläche (St) zulässig. Stellplätze unterhalb der Geländeoberfläche (beispielsweise Tiefgaragen oder Garagengeschosse) sind im gesamten Geltungsbereich unzulässig.

Aufgrund der Lage im bebauten Innenbereich und der vor allem im Westen angrenzenden dichten Bebauungsstrukturen sowie der engen Zufahrtssituation soll durch den Ausschluss von Tiefgaragen möglichen Konflikten durch Setzungen und Lärmimmissionen entgegengewirkt werden. Durch die hier angestrebte Nachverdichtung wird zudem eine Grünfläche teilweise neuversiegelt. Durch den Ausschluss von Tiefgaragen und der Begrenzung von Stellplätzen soll zudem im Sinne des Bodenschutzes einer tiefergreifenden, großflächigen Versiegelung entgegengewirkt werden. Durch die klare Abgrenzung der zulässigen Bereiche werden zudem Pufferzonen zu angrenzenden Nutzungen geschaffen, das maximal mögliche Maß weiter beschränkt und die Lärmquellen auf bestimmte Bereiche beschränkt.

Nebenanlagen und Einrichtungen gem. § 14 Abs. 1 BauNVO sind auch auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen zulässig, jedoch nicht innerhalb der zur Bepflanzung vorgesehenen und festgesetzten Flächen (Pflanzstreifen - PS). Hierdurch soll eine flexible Ausgestaltung der Grundstücke durch die künftigen Bewohner ermöglicht werden.

5.6 Anlagen für die Erzeugung, Nutzung oder Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien

Im gesamten Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes sind bei der Errichtung von Gebäuden die Hauptgebäude und Garagen mit mehr als 10 m² nutzbaren Dachflächen Photovoltaikmodule zu installieren, die mindestens 50 % der nutzbaren Dachfläche erfüllt. Hierbei bezeichnet die Dachfläche die gesamte Fläche bis zu den äußeren Rändern des Daches bzw. aller Dächer (in m²) der Gebäude und baulichen Anlage, die innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche (§ 23 BauNVO) in der jeweiligen Parzelle des Bebauungsplanes errichtet werden. Nutzbar ist derjenige Teil der Dachfläche, der für die Nutzung der Solarenergie aus technischen und wirtschaftlichen Gründen verwendet werden kann. Somit ist der nutzbare Teil der Dachfläche in einem Ausschlussverfahren zu ermitteln. Danach sind von der Dachfläche die nicht nutzbaren Teile (in m²) abzuziehen. Nicht nutzbar sind insbesondere ungünstig ausgerichtete und geneigte Teile der Dachfläche nach Norden (Ostnordost bis Westnordwest), wobei Ost-West ausgerichtete Dachflächen aufgrund derer guten Nutzbarkeit ausdrücklich von der Solarpflicht eingeschlossen sind. Erheblich beschattete Teile der Dachfläche durch Nachbargebäude, Dachaufbauten oder vorhandene Bäume (besonders nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB zur Erhaltung festgesetzte Bäume) sowie von anderen Dachnutzungen, wie Dachfenster, Gauben, Dacheinschnitte, Dachaufbauten wie Schornsteine oder Entlüftungsanlagen belegte Teile der Dachfläche als auch Abstandsflächen zu den Dachrändern gelten ebenfalls als nicht nutzbar. Die Anordnung solcher Dachnutzungen soll demnach so erfolgen, dass hinreichend Dachfläche für die Nutzung der Solarenergie verbleibt (mindestens 50 %, wenn dies technisch und wirtschaftlich nach den vorigen Angaben möglich ist). Im Weiteren ist die Festsetzung von 50 % der Bruttodachfläche grundrechtsschonend ausgestaltet und berücksichtigt, dass nicht alle Teile der Dachfläche technisch oder wirtschaftlich mit einer Solaranlage genutzt werden können.

Die im Gebiet festgesetzte Solarpflicht ist vorrangig auf die lokale CO₂-neutrale Stromerzeugung ausgerichtet. Hierbei besteht ersatzweise die Möglichkeit, anstelle von Photovoltaikmodulen für die verbindliche Belegung der Dachfläche, ganz oder teilweise Solarwärmekollektoren zu errichten. Damit sollen den Bauherren vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten bei der technischen und wirtschaftlichen Ausgestaltung der Solarpflicht belassen werden, da nicht auszuschließen ist, dass eine teilweise oder vollständige Solarwärmenutzung im Einzelfall ökologisch oder ökonomisch vorteilhafter wäre. Werden auf einem Dach Solarwärmeanlagen installiert, so kann der hiervon beanspruchte Flächenanteil auf die zu realisierende Photovoltaik-Fläche angerechnet werden. Dies bedeutet, dass die Solarmindestfläche anteilig oder auch vollständig mit der Installation von Solarwärmekollektoren eingehalten werden kann.

Durch die Nutzung Erneuerbaren Energien für die Energieversorgung der Gebäude, können CO₂-Emissionen, die in der fossilen Stromproduktion entstehen, eingespart werden. Diese Maßnahme ist daher ein Beitrag zur Verlangsamung des (globalen) Klimawandels, der lokal bedrohliche Auswirkungen auf die Sicherheit der Bevölkerung hat. Zudem bietet es ein großes, einfach nutzbares Potential zur lokalen, schadstofffreien Stromproduktion, da von der Nutzung von Photovoltaikanlagen keinerlei Emissionen ausgehen.

5.7 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte

Um die Anbindung des hinter liegenden Teils des Bebauungsplanes sicherzustellen werden Flächen festgesetzt, die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belasten sind. Die Festsetzung dient der Umsetzung des Erschließungskonzeptes.

Das Leitungsrecht umfasst die Befugnis der zuständigen Unternehmensträger unterirdische Leitungen zu verlegen und zu unterhalten.

5.8 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Durch die Festsetzung der Verwendung luft- und wasserdurchlässiger Beläge bei nicht überdachten Zuwegungen sowie ebenerdiger, oberirdischer, nicht überdachter Kfz-Stellplätze sowie durch den Anschluss von Schottergärten, soll eine Versickerung des Oberflächenwassers nicht unterbunden werden. Hierdurch wird die Abflussmenge des Oberflächenwassers im Falle eines Niederschlagsereignisses

begrenzt und das Wasser dem örtlichen Wasserkreislauf zugeführt. Die Festsetzung leistet damit einen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Bodenfunktionen und einem wirksamen Grundwasserschutz. Auch wird hierdurch eine Durchgrünung des Ortsbildes erreicht und eine mögliche Aufheizung begrenzt. Die getroffenen Festsetzungen tragen zu einer Verbesserung des lokalen Kleinklimas bei.

5.9 Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Bei den für die Grünflächen getroffenen Festsetzungen wurde auf ein standortgerechtes Pflanz- und Saatgutauswahl geachtet. § 40 BNatSchG sowie die Bestimmungen des Nachbarrechtsgesetz RLP zu Pflanzabständen sind entsprechend zu beachten. Zusätzlich ist eine Pflanzempfehlungsliste beigefügt.

Die Festsetzungen zur Begrünung dienen im Allgemeinen der Eingrünung des Plangebiets. Des Weiteren bewirken die vorgesehenen Begrünungsmaßnahmen eine zusätzliche Verringerung des Oberflächenwassers, dienen dem Klimaschutz sowie der Klimaanpassung und haben positive Effekte für den gesamten Naturhaushalt.

Begrünungsmaßnahmen führen allgemein zu einer Verbesserung:

- der Luftqualität (Filterung von Staub und Luftverunreinigungen, Aufnahme von gasförmigen Luftverunreinigungen wie Stickoxide, Ozon, Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid)
- des Mikroklimas (Erhöhung Luftfeuchte, Interzeption von Strahlung Begrenzung Temperaturextreme)
- der Biodiversität (Lebensraum)
- des Co2- Haushalts (Fixierung im Pflanzensubstrat)
- der Raumwirkung
- des Wassermanagements (temporäre Wasserspeicherung, Entlastung Kanal-netz bei Starkregen)
- der Luftfeuchtigkeit
- der Strahlungsverhältnisse (Absorption)
- der Erholungsfunktion/ Identifikation/ Lebensqualität (ästhetische und psychologische Funktionen)

Durch die genannten Festsetzungen sowie durch die Festsetzung der Pflanzauswahl wurde auf eine landschafts- und ortstypische Begrünung des Gebietes hingewirkt. Die Festsetzungen basieren im Allgemeinen auf den Ausführungen aus den durch einen Fachgutachter erstellten Freiflächenplan, dessen Ausführungen im Allgemeinen zu berücksichtigen sind.

Pflanzstreifen

Innerhalb des Pflanzstreifens PS ist ein standortgerechter mindestens einreihiger Gehölzstreifen bestehend aus gebietsheimischen, standortgerechten Laubsträuchern anzulegen und dauerhaft zu unterhalten. Die Maßnahme dient der Eingrünung und umgebungsangepassten Entwicklung des Plangebiets und schafft somit einen harmonischen Übergang zum bestehenden Siedlungsraum. Des Weiteren bildet die Maßnahme eine Abschirmung für die angrenzenden Flächen vor möglichen Störeinflüssen.

Private Freiflächen

Zur Sicherung einer ökologisch wertigen Durchgrünung der privaten Grundstücksflächen wird festgesetzt, dass je angefangene 500 m² Grundstücksfläche mindestens ein hochstämmiger Laubbaum oder Obstbaum 2. Ordnung anzupflanzen und zu unterhalten ist.

Dachbegrünung

Die Festsetzung zur Dachbegrünung beinhaltet die Pflicht zu einer extensiven Begrünung bei flachgeneigten Dächern bis 5° mit einem Substrataufbau von mindestens 12 cm und einer Fläche von mehr als 10 m² Pflicht. Neben stadtgestalterischen Gesichtspunkten erfüllt die Dachbegrünung insbesondere ökologische Funktionen:

Begrünte Dachflächen stellen in begrenztem Maße Ersatzlebensräume für Pflanzen- und Tierarten, die trockenes Offenland bevorzugen, bereit. Neben der Lebensraumfunktion führt sie durch ihre klimaökologisch positiven Effekte zu einer Verbesserung des Lokalklimas durch den Ausgleich von Temperaturextremen sowie zu einer Erhöhung der Luftfeuchtigkeit im Vergleich zu einer frei bewitterten oder bekiesten Dachbedeckung. Zudem trägt eine solche Dachgestaltung durch das geschaffene Grünvolumen gleichzeitig zur Verbesserung des Ortsbildes bei. Durch das Einbringen von Grünelementen, als gliedernde und raumbildende Gestaltungselemente, erfüllt eine Dachbegrünung auch gestalterische Funktionen.

Begrünte Dächer stellen zudem ein wichtiges Element für das urbane Regenwassermanagement dar. Sie wirken diesbezüglich durch die Niederschlagsrückhaltung und die Abflussverzögerung. Mit Hinblick auf die im Zuge des Klimawandels immer häufiger auftretenden Starkregenereignisse, sind diese Effekte von nachhaltiger Bedeutung.

Ferner ermöglichen begrünte Dächer durch den Ausgleich von Temperaturextremen eine Verringerung der Beanspruchung des Dachaufbaus, insbesondere der Dachabdichtung, sowie einen Schutz gegen Immissionen. In ökonomischer Hinsicht verbessert die Dachbegrünung den winterlichen und sommerlichen Wärmeschutz.

Mittels zusätzlicher Vegetationsstrukturen auf den Dachflächen entstehen weitere Filtrationsflächen für Schadstoffe und Feinstäube. Die zuvor beschriebenen Effekte tragen zudem nahezu allesamt indirekt oder direkt auf unterschiedliche Art und Weise zur Steigerung des menschlichen Wohlbefindens bei.

Aufgrund der vorgesehenen flächigen Anbringung von Photovoltaikanlagen auf den künftigen Dachflächen ist nur eine extensive Ausgestaltung der Dachbegrünung sinnvoll. Die allgemeine Festsetzung einer intensiven Dachbegrünung würde dabei aufgrund ihrer notwendigen Ausgestaltung/ Bepflanzung der Erzeugung von Solarenergie auf den Dachflächen zuwiderlaufen.

Aus wirtschaftlichen und funktionalen Gründen ist im Sinne des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes nur eine Begrünung von Flachdächern verpflichtend. In Anlehnung an den umliegenden Bestand wurden durch bauordnungsrechtliche Regelungen zudem auch weiteren Dachformen als zulässig festgesetzt.

5.10 Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen bilden den städtebaulichen Maßstab für das Plangebiet und sichern eine der Umgebung angepassten Bauweise und somit den Charakter des Gebiets.

Gewählt werden ortsübliche Rahmenbedingungen, die noch einen erheblichen Spielraum individueller Baufreiheit erlauben. Die Festsetzungen beinhalten kaum grundsätzliche Verbote und ermöglichen jeweils finanziell und gestalterisch zumutbare Alternativen. Die getroffenen Regelungen sind im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben verhältnismäßig und engen die Gestaltungsfreiheit nicht übermäßig ein.

Um den Bauherren Freiheiten in der Dachgestaltung zu bieten, sind die Dachformen Sattel-, Walm- sowie und Flachdächer zulässig. Diese festgesetzten Dachformen entsprechen den in der umliegenden Siedlungsstruktur vorwiegend gegebenen Dachformen. Hierdurch soll das gegebene, typische Ortsbild erhalten bleiben. Dies bietet zudem die Möglichkeit neben den ortstypischen Dachformen, wie dem Satteldach, auch modernere Dachformen wie z.B. ein Flachdach umzusetzen. Hierdurch wird zudem die Möglichkeit für die Nutzung von Solaranlagen gegeben.

Gestalterisch unpassende Einfriedungen können das Erscheinungsbild des Straßenraums entlang der „Krämergasse“ negativ prägen. Aus diesem Grunde wurden Regelungen in die örtlichen Bauvorschriften aufgenommen, welche die Höhe der Einfriedungen und die zulässigen Materialien beschränken. Das Ortsbild entlang der Krämergasse ist derzeit durch eine geschlossene Struktur (sog. Haus- Hof und Scheunenriegelbebauung) geprägt. Dieses historisch gewachsene Erscheinungsbild soll durch die Festsetzung entsprechend gesichert werden. Um ein einheitliches, abgestimmtes Ortsbild zu erzielen, sind Maschendrahtzäune, Rohrgeländer, Einfriedungen aus Aluminiumblech, Kunststoffglas sowie sonstigen Kunststoffen unzulässig. Die getroffenen gestalterischen Regelungen sollen dabei sicherstellen, dass sich das geplante Baugebiet gestalterisch in den vorhandenen Baubestand der Gemeinde einfügt.

6 Umweltbelange

Für die Beurteilung der Umwelterheblichkeit sowie ggf. die Notwendigkeit von Ausgleichsmaßnahmen ist das Aufstellungsverfahren des vorliegenden Bebauungsplanes relevant. Der Bebauungsplan „Weisengasse - 1. Änderung“ wird gemäß § 13 a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung in Verbindung mit § 13 BauGB aufgestellt. Die hierzu erforderlichen Kriterien werden erfüllt:

- a. Die bei Durchführung des Bebauungsplanes voraussichtlich versiegelte Fläche liegt unterhalb des in § 13 a Abs. 1 Nr. 1 BauGB aufgeführten Schwellenwertes von 20.000 qm für die Vorprüfung des Einzelfalls.
- b. Die Zulässigkeit von Vorhaben mit Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht wird weder vorbereitet noch begründet.
- c. Es bestehen zudem keine Anhaltspunkte dafür, dass Schutzgüter nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 b BauGB (FFH- und Vogelschutzgebiete) beeinträchtigt werden.
- d. Es bestehen weiterhin keine Anhaltspunkte dafür, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu beachten sind.

Nach § 13 a Abs. 2 Nr. BauGB i.V.m. § 13 Abs. 3 Nr. 1 BauGB wird daher in diesem Verfahren von der Umweltprüfung, vom Umweltbericht und von der Angabe in der Bekanntmachung zur öffentlichen Auslegung, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen.

Dementsprechend sind auch kein Umweltbericht nach 2a BauGB sowie die Überwachung etwaiger negativer Umweltauswirkungen (Monitoring) notwendig.

Nach § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB gelten die durch den Bebauungsplan vorbereiteten Eingriffe als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 5 BauGB bereits vor der planerischen Entscheidung als erfolgt oder zulässig.

Die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB und nach § 1a BauGB sowie die abwägungsrelevanten Umweltauswirkungen, die sich durch die Planung ergeben, werden im Nachfolgenden mit ihren entsprechenden Wirkungsfeldern betrachtet und bewertet.

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass durch den rechtskräftigen Bebauungsplan keine Verschlechterung der Situation der natürlichen Schutzgüter zu erwarten ist.

6.1 Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

Als Lebensraum für Pflanzen und Tiere hat die Fläche des Plangebiets aufgrund der bestehenden teils landwirtschaftlichen Nutzung (Beete, Kleintierhaltung, Abstellfläche) und der insgesamt vorhandenen anthropogenen Überprägung kaum eine naturschutzfachliche Bedeutung. Zudem weist das Areal eine naturferne und wenig strukturreiche Bestockung auf. Naturnahe Grünflächen, Gehölzstrukturen oder pauschal geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG sind von der Planung nicht betroffen. Lediglich im östlichen und südlichen Teil des Plangebiets befinden sich niedrige, kleinräumige Einzelbüsche jedoch ohne nennenswerten artenschutzrechtlichen Wert. Die einfachen Unterstände mit Wellplattendächern bieten für Fledermäuse und Vögel keine Quartier- bzw. Brutpotentiale. Allgemein ist das Plangebiet auch für Reptilien unwirtlich gestaltet. Für planungsrelevante Arten des Anhang IV der FFH-RL oder europäische Brutvogelarten sind in der artenschutzrechtlichen Potentialanalyse somit keine Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG zu erwarten. Im Osten und Süden des Gebiets befinden sich die beschriebenen Nebengebäude, welche im Zuge der Planrealisierung abgerissen werden sollen.

Bisher ist der Geltungsbereich nach dem Ursprungsbebauungsplan als nicht überbaubare Grundstücksfläche ausgewiesen, welche derzeit durch den südlich angrenzenden landwirtschaftlichen Betrieb genutzt

wird. Aufgrund der vorausgegangenen Nutzung, der Lage innerhalb des Siedlungsgefüges und der damit einhergehenden eingeschränkten Bedeutung des Untersuchungsraumes für den Naturhaushalt kann davon ausgegangen werden, dass keine „planungsrelevanten“ geschützten Arten betroffen sind.



Abbildung 19: Bilder des Plangebiets²⁴

Die heutige potenzielle natürliche Vegetation (HpnV) bezeichnet die Gesamtheit der Pflanzengesellschaften, die sich aufgrund der am jeweiligen Standort herrschenden abiotischen Faktoren wie Boden, Wasser und Klima natürlicherweise und ohne Beeinflussung durch den Menschen einstellen würden. Da in unserer Kulturlandschaft natürliche, vom Menschen nicht veränderte Flächen, nur sehr selten zu finden sind, kann die Rekonstruktion der potenziellen Endgesellschaft am jeweiligen Standort dazu beitragen, möglichst landschaftsgerechte und ökologisch sinnvolle Rekultivierungs- und Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen. Die heutige potentielle natürliche Vegetation (HPNV) im Plangebiet wäre überwiegend Buchen-Eichenwald sowie westlich im Geltungsbereich Stieleichen-Hainbuchenwald (Silikat).²⁵ Bedingt durch die momentane Ausgestaltung des gesamten Planungsraumes und der Lage im Ortsgefüge ist von der HPNV derzeit im Plangebiet und Umgebung jedoch nichts zu erkennen.

Im Zuge der Planung kommt es aufgrund der gegebenen anthropogenen Überprägung, der gebenden Bodenverdichtungen sowie der Lage im Ortsgefüge zu keiner erheblichen Beeinträchtigung des Schutzgutes.

6.2 Boden/Altlasten/Fläche

Die Fläche des Plangebiets beträgt ca. 0,24 ha.

Die vom Bebauungsplan überplante Fläche liegt im Bereich der Großlandschaft Nördliches Oberrhein-tief-land, welches sich auf Gebiete von Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Elsass erstreckt.²⁶ Des Weiteren liegt die Fläche innerhalb des Landschaftsraums Speyerbachschwemmkegel, der ein nahezu ebenes Gelände darstellt und durch breite aber flache Bachmulden geprägt ist. Den geologischen Untergrund bilden Flussaufsättigungen. Die daraus entstandenen Böden reichen von Sand bis stark sandigem oder kiesigem Lehm. In den Bachniederungen liegen grundwassernahe, feuchte Standorte auf Auenböden und anmoorigen Böden vor. Lokal wird der Schwemmkegel von Dünen und Flugsanddecken überlagert. Sie erreichen meist nur geringe Mächtigkeit. Der Kern des Schwemmkegels ist geschlossen bewaldet und bildet ein wichtiges Bindeglied zwischen Pfälzer Wald und Rhein. Südlich sind der Großwald und Oberwald vorgelagert. In den Waldgebieten überwiegen Kiefern- und kiefernreiche Mischwälder, in die örtlich und bevorzugt entlang der Gewässer naturnahe Laubwälder eingestreut sind.

²⁴ Eigene Aufnahme WSW & Partner GmbH, 11/2022.

²⁵ Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz, https://map-final.rlp-umwelt.de/download/HpnV/Kartiereinheiten_TK25/HPNV_Kartiereinheiten_6615.pdf, Stand 17.10.2022.

²⁶ Landschaftsinformationssystem der Naturschutzverwaltung, https://geodaten.naturschutz.rlp.de/landschaften_rlp/grosslandschaft.php?gl_nr=22/23, Stand 17.10.2022.

Der Planungsraum ist Bestandteil der Bodengroßlandschaft der Auen und Niederterrassen die aus Vegen und Gley-Vegen aus carbonatischem Auenschluff und Auenlehm bestehen.²⁷

Das Radonpotential für das Plangebiet beträgt 27.2 und ist als mäßig einzustufen.²⁸

In einer Entfernung von 300 m nordöstlich des Geltungsbereichs und 1.400 m südöstlich des Geltungsbereichs wurden in den Jahren 2017 und 2018 Bodengutachten erstellt, welche teilweise auf einer Diagonalen als Grundlage für den Geltungsbereich herangezogen werden können. Dabei ergab sich nach einer Berechnung des der Gewichtung des Richtwertes anhand der Entfernung eine Durchlässigkeit von $1,565 \cdot 10^{-5}$ m/s. Zusätzlich wurde ein gemittelter Grundwasserstand von 1,6586 m u. GOK auf Grundlage der benachbarten Bodengutachten ermittelt.²⁹

Die vorhandenen Böden innerhalb des Plangebietes wurden durch die bisherige Nutzung anthropogen verändert. Es kam teilweise zu Bodenverdichtungen (Zufahrt, Beete, Ablagerungen, Kleintierhaltung) und -versiegelungen (Bestandsgebäude). Zur Verwirklichung der Planung muss für die ungenutzte Grünfläche Baurecht geschaffen werden.

Während der Bauphase kann es zur irreversiblen Verdichtung des Bodens, zu Erschütterungen und unter Umständen zu Stoffeinträgen durch den Einsatz von Maschinen oder die Lagerung von Baumaterialien kommen. Bei grob fahrlässigem Verhalten können durch eine nicht fachgerechte Lagerung von Betriebsstoffen und durch Emissionen von Baufahrzeugen / Arbeitsmaschinen (Abgase, Schmierstoffe, Öl, Diesel) Bodenverunreinigungen eintreten. Jedoch ist das Eintreten einer solchen Situation bei einem sachgerechten und vorschriftsmäßigen Umgang mit den Arbeitsmaschinen und Baufahrzeugen als eher unwahrscheinlich einzuschätzen.

Durch die Umsetzung der Wohnbebauung ist nicht mit einer erhöhten Schad- und Schwebstoff-Emissionen auszugehen, die ggf. in den Boden gelangen könnte.

Das Plangebiet befindet sich innerhalb der Erdbebenzone 1, welche bei der Errichtung von Gebäuden berücksichtigt werden muss.³⁰

Altstandorte, schädliche Bodenveränderungen oder Altlastenverdachtsflächen sind bis zum derzeitigen Planungsstand nicht bekannt.

Aufgrund der Vorbelastung des Bodens sind die zu erwartenden Auswirkungen insgesamt als geringfügig einzustufen.

Der Bebauungsplan dient in erster Linie der Nachverdichtung. Hierdurch wird durch die Verringerung einer zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich zur Realisierung von Wohnnutzungen. Die Bodenversiegelung auf ein notwendiges Maß begrenzt. Der Zielsetzung eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden gem. § 1 a BauGB wird damit explizit Rechnung getragen. Dies ist entsprechend positiv zu bewerten.

6.3 Klima und Lufthygiene

Die Umweltbelange Klima und Luft sind in der Umweltprüfung eng miteinander verbunden. Während unter dem Aspekt Luft in erster Linie die stofflichen Aspekte behandelt werden (Lufthygiene), beschäftigt sich das Thema Klima vor allem mit den funktionalen Zusammenhängen des Luftaustausches und dem Strahlungshaushalt.

Dem Bericht „Technische Grundlage für die Beurteilung der Emissionen von Kraftfahrzeugen auf Abstellflächen“ (Bundesministerium Arbeit und Wirtschaft 2022) ist ein Abschnitt zu entnehmen, indem für

²⁷ Landesamt für Geologie und Bergbau, http://mapclient.lgb-rlp.de/?app=lgb&view_id=18, Stand 17.10.2022.

²⁸ Landesamt für Umwelt, <https://lfu.rlp.de/de/arbeits-und-immissionsschutz/radoninformationen/geologische-radonkarte-rlp/>, Stand 30.01.2023

²⁹ WSW & Partner, Entwässerungstechnische Voruntersuchung und Wasserhaushaltsbilanz, Stand 10/2023.

³⁰ Landesamt für Geologie und Bergbau, https://mapclient.lgb-rlp.de/?app=lgb&view_id=13, Stand 06.02.2023.

verschiedene Abstellflächen und Parksituationen im Hinblick auf die Emissionen von Luftschadstoffen jene Stellplatzanzahl angegeben wird, welche als unwesentlich angesehen werden kann. Als relevanter Leitschadstoff wurde NO₂ betrachtet.

Die Berechnungen wurden einerseits sowohl für offene und gut winddurchströmte als auch für dicht umbaute Abstellflächen (wie in Innenhöfen) durchgeführt, andererseits für Abstellflächen sowohl in luftschadstoffbelasteten Gebieten (Gebieten mit Überschreitung von Immissionsgrenzwerten gemäß IG-L) als auch außerhalb solcher Gebiete. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, liegt bereits die niedrigste Annahme (keine freie Ausströmung, Belastetes Gebiet) die Stellplatzanzahl bei Wohnanlagen (oberirdisch) mit 30 weiter über den mit der Planung einhergehenden Zahlen (ca. 17). Die Begrünnungsmaßnahmen (Pflanzstreifen, Baumpflanzungen, Freiflächen, ggf. Dachbegrünung) tragen durch die Filterung von Staub und Luftverunreinigungen, die Aufnahme von gasförmigen Luftverunreinigungen sowie von Stickoxiden, Ozon, Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid zu einer weiteren Verbesserung bei. Die Durchbrechung der Baufenster fördert weiterhin die Durchlüftung. Demnach ist die hier vorgesehene Stellplatzanzahl im Hinblick auf die Entstehung von Luftschadstoffen als unwesentlich anzusehen.

Die bestehende teils landwirtschaftliche Nutzung (Beete, Kleintierhaltung, Abstellfläche) und die insgesamt vorhandenen anthropogene Überprägung haben in der Vergangenheit zu einer Verdichtung der vorhandenen Böden beigetragen. Zudem weist das Areal eine naturferne und wenig strukturreiche Bestockung auf. Naturnahe Grünflächen oder Gehölzstrukturen sind nicht vorhanden. Verdichtete Böden führen auf Grund eines verringerten Porenvolumens zu einer Verringerung der Kaltluftproduktion. Die Böden weisen zudem vereinzelte Erdbrüche sowie kaum Vegetation auf, womit keine zusätzliche Kühlung von Windströmung ermöglicht wird. Die bereits versiegelten Flächen im Plangebiet (Zufahrt, Abriss Bestandsgebäude, Scheune) sowie die angrenzenden Siedlungsstrukturen sind durch eine verringerte Kaltluftproduktion sowie durch ihren Einfluss auf die Fließgeschwindigkeit der abfließenden Kaltluft gekennzeichnet.

Kaltluft fließt dem Geländegefälle folgend hin zum tiefer gelegenen Punkt ab. Innerhalb des Plangebietes sind keine erheblichen topographischen Höhenunterschiede, demnach liegt die Hangneigung bei unter 5 %³¹. Auf Grund der nahezu ebenen Ausgestaltung der Fläche ist von einem sehr langsamen Kaltluftabfluss bis hin zu einem Kaltluftstau im Bestand auszugehen.³² Durch die vorhandene Randbebauung liegt im Bestand bereits ein baulicher Riegel vor.

Aus der aktuellen Rechtsprechung geht hervor, dass für die Maßnahmenfindung sowie die Risikoanalyse im Hinblick auf die Klimaanpassung/ den Klimaschutz entsprechend vorhandene örtliche Betrachtungen, wie nachstehend erfolgt, herangezogen werden können und in der Regel als ausreichend zu betrachten sind (vgl. u.a. OVG BB, Beschl. v. 25.01.2022, 10 S 17/21, juris Rn. 33 ff., VGH BW, Urt. v. 27.09.2023, 14 S 891/22, juris Rn. 72 ff.)

Im Auftrag der Ortsgemeinde Haßloch hat die Lehrereinheit Physische Geographie der Technischen Universität Kaiserslautern ein lokalklimatisches Gutachten³³ für das gesamte Gemeindegebiet erstellt. Das Gemeindegebiet von Haßloch lässt sich demnach vereinfacht in einen anthropogen stark überprägten Norden, in welchem das Plangebiet liegt, sowie in einen überwiegend naturbelassenen Süden gliedern.

Die Bestandsaufnahme der notwendigen Indikatoren erfolgte im Rahmen des Gutachtens anhand eines Rasters mit einer Auflösung zwischen 50 und 100 Metern. Aus dem Gutachten geht hervor, dass Haßloch durch seinen dorfähnlichen, vor allem historisch gewachsenen Ortskern, eine sehr enge Bebauungsstruktur aufweist, die sich darin äußert, dass im Innenbereich einem ersten Anschein nach, die Raster mit einer lokalklimatisch neutralen Definition dominieren. Dies besagt primär, dass diese Flächen nicht zwingend überwärmungsgefährdet sind und nicht zwingend die siedlungsklimatische Situation nachhaltig verschlechtern. Gleichzeitig besagen sie aber auch, dass diese Flächen ebenso wenig als lokalklimatische

³¹ Landesamt für Geologie und Bergbau, <https://mapclient.lgb-rlp.de/>, Stand 14.10.2022.

³² Vgl. Kommission Reinhaltung der Luft (KRdL) im VDI und DIN [Hrsg.] (1993): Lufthygiene und Klima: Ein Handbuch zur Stadt- und Regionalplanung, S. 236 ff.

³³ TU Kaiserslautern, Fachbereich Raum- und Umweltplanung, Lehrereinheit Physische Geographie und Fachdidaktik, Lokalklimatische Begutachtung der Gemeinde Haßloch.

Gunsträume zu bezeichnen sind, ergo auch nicht stellvertretend sein können für eine eher positiv zu bewertende mikroklimatische Situation. Schwerpunkte einer eindeutigen Risikobewertung sind die drei nördlichen Flächen (Gottlieb-Duttenhöfer-Straße – Bahnhofstraße, Anilinstraße – Am Schachtelgraben und Fritz-Karl-Henkel-Straße) sowie im Gewerbegebiet Süd der Bereich August-Bebel-Straße – Hans-Böckler-Straße. Aus humanbiometeorologischer Sicht ist allerdings auch die in Kapitel 4.4 als „rote Spinne“ bezeichnete Fläche im Ortskern von Haßloch wiederzuerkennen, dort wo ein großer Teil der Bevölkerung von Haßloch wohnt oder sich zumindest über Tag für diverse Tätigkeiten aufhält. Der Bereich um den Rathausplatz sowie der zentrale Verlauf der Langgasse, die nördliche Kirchgasse, Am Jahnplatz, die südliche Bahnhofstraße und die Schillerstraße sind als eindeutige lokalklimatische Risikoflächen zu identifizieren. Nur wenige grüne Raster, vor allem größere, sind im Norden der Gemeinde (Lage Plangebiet, vgl. nachstehende Abbildung) zu verzeichnen. Nahezu das gesamte Teilgebiet wird dominiert durch gelbe Raster, die die bereits oben beschriebene Situation nochmals deutlich machen. Die Bebauungsstruktur lässt keine durchweg positive Bewertung dieses Raumes zu – zu hoch ist der Anteil an versiegelten Flächen bzw. die gewachsene Ortsstruktur lässt aus lokalklimatischer Sicht gegenwärtig im Bestand nicht viel siedlungsklimatisch Positives zu. Grundsätzlich kann die lokalklimatische Situation im nördlichen Teilbereich von Haßloch als noch neutral bezeichnet werden. Leider hat sich während der Betrachtung der lokalklimatischen Begebenheit, in Zusammenspiel mit der Topographie und der Bebauung ergeben, dass die lokalklimatisch günstige Situation dadurch reduziert wird, dass die Wirkung der zum Siedlungskörper gerichteten potentiellen kalten Luftströmungen aufgrund der blockierenden/ aufstauenden Hinderniswirkung der Bebauung sehr bald nach dem Erreichen des Siedlungsrandbereiches von Haßloch verloren geht. Weiterhin wird aufgezeigt, dass vorhandene Grünbereiche aufgrund der umgrenzenden Bebauungen und Straßenzüge nicht zur allgemeinen Verbesserung der Vor- Ort- Situation zu Verfügung Im Gutachten wird der Planbereich weder Gunstfläche noch als erhöhter Risikobereich benannt.



Abbildung 20: Visualisierung der Analyse und Bewertung der gesamtsiedlungsklimatischen Situation am Beispiel der lokalen Überwärmung auf Grundlage der „Matrix-Methode“ und Darstellung der lokalklimatischen Potentialflächen (grüne Raster), Übergangsbereiche (gelbe Raster) und Risikoflächen (rote Raster).³⁴

Um negative Auswirkungen durch die Planung zu vermeiden und keine negativen Auswirkungen bezüglich des Siedlungsklimas zuzulassen, ist eine nachhaltige Nachverdichtung von Bedeutung. Vor diesem Hintergrund formuliert das Gutachten unter anderen die nachstehenden Maßnahmenvorschläge, welche durch die Planung entsprechend berücksichtigt wurden. Allgemein ist darauf hinzuweisen, dass sich aus dem BauGB weder ein Zwang dazu ergibt, auf der Planungsebene konkrete Klimaschutzmaßnahmen festzusetzen, noch jede diesbezüglich denkbare Maßnahme anzusprechen und auf ihre Vor- und Nachteile zu prüfen (kein Optimierungsgebot) (OVG Nds., Urt. v. 05.10.2023, 1 KN 66/20, juris Rn. 101).

- *Entsiegelung von Flächen und der Rückbau von Bebauung:* Durch den Abriss der ehemaligen Randbebauung erfolgt eine Öffnung des Gebäuderiegels. Im Zusammenhang mit der festgesetzten Lücke zwischen den zwei Baufenstern kann hierdurch eine entsprechende

³⁴ Ebd.

Durchlüftung gefördert werden. Eine Verbesserung ist festzustellen, wenn Oberflächenmaterialien, die den Boden komplett versiegeln (z. B. Asphalt), durch Materialien ersetzt werden, die einen geringeren Versiegelungsgrad und eine höhere Verdunstung mit sich bringen, wie z. B. Rasengittersteine oder fugenreiches Pflaster. Oberflächen von Stellplätzen oder (Innen)Höfen bieten sich hierfür an. Im Vergleich zum Bestand hat aufgrund der getroffenen Festsetzungen zudem zukünftig eine Verwendung wasserdurchlässiger Belege für Oberflächen zu erfolgen. Durch die erfolgte Abgrenzung der Baufenster sowie dem beschriebenen Aufbruch der Randbebauung kann zudem künftig ein Kaltluftabfluss der im Gebiet durch die Grünmaßnahmen entstandenen sowie im direkten Umfeld produzierten *Kaltluft* ermöglicht werden.

- *Begrünungsmaßnahmen/ Begrünung Innenhöfen:* Im Zuge einer nachhaltigen, maßvollen Nachverdichtung wurden durch die Festlegung einer Gebietstypischen GRZ, Festsetzungen zu Hecken und Baumpflanzungen sowie zu Entwässerungsmulden ein gewisses hochwertiges Grünvolumen sichergestellt. Im Vergleich zu den im Bestand vorliegenden stark anthropogen, teils versiegelten oder degenerierten Flächen, sind diese hochwüchsigen Pflanzmaßnahmen als für das lokale Klima positiv zu bewerten.
- *Dachbegrünung:* Dachbegrünung trägt zur Verbesserung des Standortklimas bei. Eine entsprechende verpflichtende Festsetzung wurde für Flachdächer getroffen. In Anlehnung an das umliegende Ortsbild wurde sich im Zuge der Abwägung dazu entschieden auch andere Dachformen als zulässig zu erklären. Eine Dachbegrünung ist jedoch generell zulässig und möglich sowie für sinnhafte Dachformen verpflichtend.
- *Förderung blaue Infrastruktur:* Auch die Förderung der blauen Infrastruktur besitzt einen positiven Einfluss auf die lokale Überwärmung. Die blaue Infrastruktur subsummiert alle Formen des Wassers, wie z. B. Springbrunnen, künstliche, aber auch natürliche Teiche oder Seen und Wasserspiele. Diese Flächen erwärmen sich im Gegensatz zu ihrer Umgebung kaum. Sie steuern aufgrund ihrer hohen Verdunstungsrate unter anderem zur lokalklimatischen Verbesserung bei und sorgen tagsüber für einen ausgeglichenen Temperaturverlauf. Eine solche Funktion können, die gemäß dem Entwässerungsgutachten bzw. der Wasserhaushaltbilanz vorgesehenen Rückhaltebereiche erfüllen.
- *Verschattung von Stellplätzen:* Durch die vorgesehenen Gebäudekörper, die umliegenden Bestandsbauten sowie die festgesetzten Grünmaßnahmen erfolgt eine teilweise Verschattung der vorgesehenen Stellplatzbereiche, wodurch eine Aufheizung dieser Bereiche minimiert werden kann.

Aufgrund der geringen Gesamtgröße des Plangebiets, der gegebenen Topografie und der innerörtlichen Lage ist von einer nur sehr eingeschränkten Bedeutung für das lokale Klima auszugehen. Aufgrund der bereits im Bestand großflächig vorhandenen Modifikationspunkte und Riegel (Einfriedungen, Bepflanzungen, Randbebauung), der Orientierung hinsichtlich der zulässigen Gebäudehöhe am umliegenden Bestand sowie aufgrund der Unterbrechung der Baufenster ist nicht von einer Verschlechterung der Belüftung Situation auszugehen.

Die zahlreich getroffenen Grünfestsetzungen (Dachbegrünung, Baumpflanzungen, Pflanzstreifen) die getroffenen Festsetzungen zur Verringerung der Versiegelung (wasserdurchlässige Belege, GRZ) sowie die Abgrenzung/ Unterteilung der Baufenster tragen dabei zu einer Verbesserung des Kleinklimas bei. Hierdurch soll unter anderem eine Durchlüftung des Plangebiets und seinem direkten Umfeld gefördert werden. Durch die getroffenen Pflanzfestsetzungen kann vor allem die Luftqualität, das lokale Wassermanagement sowie das Kleinklima verbessert werden (Erhöhung Luftfeuchte, Interzeption von Strahlung, Begrenzung Temperaturextreme).

Besonders aufgrund der innerörtlichen, bereits größtenteils bebauten Lage sind die getroffenen Maßnahmen entsprechend positiv zu bewerten. Hierdurch können Spitzwerte bei Starkregenereignissen oder bei Hitzeextremen entsprechend abgefangen werden. Dies bewirkt eine Minderung der Vulnerabilität des

Gebiets gegenüber den Folgen des Klimawandels. Die im Kapitel 3.6 ausgeführten Aspekte sind zur weiteren Minderung der Vulnerabilität (hochwasserangepasste Bauweise) entsprechend zu beachten.

Auch ist zu betonen, dass durch die angestrebte Nachverdichtung im Sinne der bereits mehrmals zitierten Bodenschutzklausel der Versiegelung von klimatisch weitaus wertvolleren Flächen entgegengewirkt wird. Das oben genannte Gutachten formuliert dahingehend eindeutig, dass die im Umland von Haßloch vorhandenen herausgestellten Potentialfläche zur Produktion von Kaltluft für das lokale Klima entsprechend unbedingt zu schützen und bei künftigen Planungen zu berücksichtigen sind. Zur Schaffung neuer Wohnbauflächen im Innenbereich unter der Berücksichtigung einer nachhaltigen Ortsentwicklung bei gleichzeitig schonendem Umgang mit Grund und Boden sollten gemäß dem Gutachten, wie hier vorliegend, dementsprechende Bebauungskonzepte erstellt werden. Ziel sollte es sein, den Flächenverbrauch des aus lokalklimatischer Sicht schützenswerten Außenbereiches möglichst gering zu halten und gleichzeitig die vorhandenen Bauflächen innerorts auszuschöpfen. Eine solche Nachverdichtung birgt natürlich Vor-, aber auch Nachteile, die, wie hier vorliegend, gegeneinander abgewogen werden müssen. Jedoch kann im Rahmen einer klimaangepassten Planung eine Nachverdichtung, wie voranstehend ausgiebig beschrieben, in Betracht gezogen werden.³⁵ Durch die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum im Innenbereich bleiben für den Wirkungsraum wichtige Kaltluftentstehungsgebiete sowie Kaltluftschneisen weiterhin von Bebauung frei.

Die getroffene Festsetzung für eine PV- Mindestfläche trägt ebenfalls zum Klimaschutz bei.

In diesem Zusammenhang sei abschließend darauf hingewiesen, dass gem. aktueller Rechtsprechung nicht ersichtlich ist, dass "Gründe des Klimaschutzes [...] nicht im Rahmen der Bauleitplanung gegen über dem Belang der Deckung des erhöhten Wohnstättenbedarfs abwägungsfehlerfrei zurückgestellt werden könnten". (VGH BW, Urt. V. 06.07.2021, 3 S 2103/19, juris Rn. 166 ff.) Eine entsprechende Abwägung hat, wie der voranstehenden Betrachtung zu entnehmen ist, entsprechend stattgefunden.

Während der Baumaßnahmen kann es vorübergehend zu Beeinträchtigungen der Luft in Form von Abgasen und durch erhöhtes Verkehrsaufkommen (z.B. LKWs) kommen. Zudem können in dieser Phase Lärm und Erschütterungen auftreten.

6.4 Wasser/Grundwasser/Versickerung

Im Plangebiet befinden sich keine Oberflächengewässer. Nördlich des Plangebietes, in ca. 380 m Entfernung, verläuft der Zwerggraben, ein Gewässer 3. Ordnung. Südlich des Gebietes, in ca. 250 m Entfernung, ist der Mittelgraben (Gewässer 3. Ordnung.) vorzufinden. Der Planungsraum tangiert kein gesetzliches Überschwemmungsgebiet oder ein Überflutungsgebiet bei HQ_{extrem} . Jedoch befindet sich 1 km östlich des Plangebiets, entlang des Gewässers Rehbach, Speyerbach, ein gesetzlich festgelegtes Überschwemmungsgebiet, welches jedoch keine Auswirkungen auf das Plangebiet hat.³⁶ Wasserschutzgebiete werden zudem nicht tangiert.³⁷

In der Gemeinde Haßloch ist mit einer Niederschlagsmenge von ca. 550-600 mm/a zu rechnen. Es ist davon auszugehen, dass die Umsetzung der Planung zu einer leichten Verschlechterung des Wasserrückhaltvermögens sowie einer Verringerung der Versickerungsrate und damit zu einer verringerten Grundwasserneubildung beiträgt. Die Grundwasserneubildung liegt derzeit bei 24 mm/a und ist dementsprechend sehr niedrig.³⁸

Es kann innerhalb des Baustellenbereichs und der Baustelleneinrichtungsflächen während des Baubetriebes zu Schadstoffeinträgen in das Grundwasser kommen. Durch entsprechende Maßnahmen (z.B. Wasserhaltungsmaßnahmen, Verwendung schadstoffarmer Baumaterialien, Vorsichtsmaßnahmen bei den Baufahrzeugen, etc.) können diese Einträge vermieden oder zumindest verringert werden.

³⁵ Ebd.

³⁶ Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, <https://wasserportal.rlp-umwelt.de/servlet/is/2025/>, Stand 17.10.2022.

³⁷ Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, <http://www.geoportal-wasser.rlp.de/servlet/is/8186/>, Stand 17.10.2022.

³⁸ Ebd., Stand 17.10.2022.

Im Zuge des Verfahrens wurde eine **Entwässerungstechnische Voruntersuchung (EVTU) sowie eine Wasserhaushaltsbilanz**³⁹ aufgestellt. Die umfassende Betrachtung ist dem Kapitel 4.3 zu entnehmen.

Insgesamt ist nicht von einer wesentlichen Verschlechterung des Wasserhaushalts auszugehen.

Eine Beschränkung der GRZ, eine Dachbegrünung, weitere Pflanzmaßnahmen sowie die Verwendung wasserdurchlässiger Belege können in gewissem Maße Funktionen für den Wasserhaushalt übernehmen (Rückhaltung, Verdunstung) und verringern somit den Eingriff. Durch diese Maßnahmen wird das Wassermanagement der Planung entsprechend verbessert.

Aufgrund der vorhandenen Bodenverdichtungen und Versiegelungen, der fehlenden Gewässer, des erarbeiteten Konzeptes sowie aufgrund der getroffenen Festsetzungen sind die zu erwartenden Auswirkungen insgesamt als geringfügig einzustufen.

6.5 Orts- und Landschaftsbild

Die Bewertung des Landschaftsbildes und der Erholungsfunktion ist eher der Subjektivität des Betrachters unterworfen als die Bewertung der bereits genannten Naturraumpotenziale. Dennoch ist die besondere Berücksichtigung des Landschaftsbildes und der Erholungsfunktion notwendig, da bereits das Bundesnaturschutzgesetz in § 1 die Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft als Ziel des Naturschutzes und der Landschaftspflege nennt.

Das Plangebiet liegt innerhalb des Landschaftsraums Speyerbachschwemmkegel, welches in der Großlandschaft Nördliches Oberrhein-tiefland liegt.

Der Schwemmkegel des Speyerbachs fächert sich in Form eines Deltas auf und die Oberfläche des Schwemmkegels ist eben. Seine Ränder sind durch breite, aber flache Bachmulden geprägt. Den geologischen Untergrund bilden Flussaufschüttungen. Die daraus entstandenen Böden reichen von Sand bis stark sandigem oder kiesigem Lehm. In den Bachniederungen liegen grundwassernahe, feuchte Standorte auf Auenböden und anmoorigen Böden vor. Lokal wird der Schwemmkegel von Dünen und Flugsanddecken überlagert. Sie erreichen meist nur geringe Mächtigkeit. Der Kern des Schwemmkegels ist geschlossen bewaldet und bildet ein wichtiges Bindeglied zwischen Pfälzer Wald und Rhein. Südlich sind der Großwald und Oberwald vorgelagert. In den Waldgebieten überwiegen Kiefern- und kiefernreiche Mischwälder, in die örtlich und bevorzugt entlang der Gewässer naturnahe Laubwälder eingestreut sind.⁴⁰

Das Plangebiet liegt im Ortsgefüge der Gemeinde Haßloch in zweiter Reihe zu bestehenden Randbebauungen. Die getroffenen Festsetzungen zum Maß und zur weiteren Gestaltung orientieren sich dabei überwiegend an dem umgebenden Bestand. Zusammen mit der angestrebten Eingrünung wird somit ein harmonischer Übergang zu der bestehenden Siedlungsstruktur gewährleistet.

6.6 Kultur- und sonstige Sachgüter

Nach derzeitigem Kenntnisstand sind innerhalb des Plangebietes keine Kulturgüter vorhanden. Im westlichen und südlichen Randbereich befinden sich Nebenanlagen im Bestand vor. Im Zuge der Planumsetzung soll hier ein entsprechender Abbruch erfolgen. Eine Beeinträchtigung kann daher nicht angenommen werden.⁴¹

In der Fundstellenkartierung der Direktion Landesarchäologie sind im Geltungsbereich der o.g. Planung zwei archäologische Fundstellen verzeichnet. Es handelt sich dabei um einen neolithischen Einzelfund (Fdst. Haßloch 39) und eine Körperbestattung unbekannter Zeitstellung (Fdst. Haßloch 43). Bodeneingriffe

³⁹ WSW, Oktober 2023.

⁴⁰ LANIS, https://geodaten.naturschutz.rlp.de/kartendienste_naturschutz/index.php, Stand 03.02.23

⁴¹ Generaldirektion kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz,

https://gdke.rlp.de/fileadmin/gdke/Dateien/landesdenkmalpflege/Verzeichnis_Kulturdaenkmale/Bad_Duerkheim_2022_11_17.pdf, Stand 03.02.23

sind auf ein Minimum zu reduzieren, da aufgrund der naheliegenden Fundstellen archäologische Funde zu erwarten sind.

6.7 Mensch und Gesundheit

Der Mensch kann in vielerlei Hinsicht von bauleitplanerischen Vorhaben unmittelbar oder mittelbar beeinträchtigt werden, wobei sich bei der Erfassung und Bewertung teilweise Überschneidungen mit den übrigen zu behandelnden Schutzgütern ergeben. Im Rahmen der Umweltbelange sind allein solche Auswirkungen relevant, welche sich auf die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen beziehen, nicht jedoch solche, die wirtschaftliche oder sonstige materielle Grundlagen betreffen. Gesundheit und Wohlbefinden sind dabei an die im Plangebiet und dem von ihm beeinflussten benachbarten Gebieten bestehenden und geplanten Funktionen, Arbeiten und Erholung, gekoppelt. Die in den übrigen Schutzgutkapiteln gemachten Angaben (inkl. einzelner Umweltziele) dienen daher auch dem Gesundheitsschutz Mensch.

Mit der Realisierung des Bebauungsplanes wird es zu temporären Störungen, infolge von Baulärm, Staub oder Baustellenverkehr, kommen. Diese können dabei diskontinuierlich und mit wechselnder Intensität auftreten. Mögliche Störwirkungen auf die Menschen der umgebenden Wohnumgebung sind allenfalls geringfügig. Die Planung trägt nur unbeträchtlich zu einer Steigerung des Verkehrsaufkommens bei. Es wird auf die weiteren Ausführungen in den Kapiteln 4.4. und 6.3 hingewiesen. Zwar wird das Vorhaben die Lebens- und Umweltbedingungen für den Menschen qualitativ verändert, jedoch sind Beeinträchtigungen nur in dem Maße zu erwarten, das allgemein als hinnehmbar zu bewerten ist.